



Beilage zur Wochenzeitung

DasParlament

2. Juni 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Egon Bahr

Tag der gesamtdeutschen Geschichte

5 Karl Wilhelm Fricke

Die nationale Dimension des 17. Juni 1953

11 Michael Lemke

Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte

Folgen und Spätfolgen

19 Marianne Howarth

**Der Juni-Aufstand und die Deutschlandpolitik
der Westalliierten**

26 Jochen Laufer

Volksaufstand gegen die Siegermacht?

Die Sowjetunion und der 17. Juni 1953

33 Gunter Holzweißig

Der 17. Juni 1953 und die Medien



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz (verantwortlich
für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer

Internet:

www.das-parlament.de

E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung *DasParlament*,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte

- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung *DasParlament*
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;

- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte

stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Der 50. Jahrestag des Volksaufstands in der Deutschen Demokratischen Republik ist Anlass für ARD und ZDF, mit zwei Spielfilmen und einem „Dokudrama“ an die dramatischen Ereignisse zu erinnern – notwendige Nachhilfestunden, denn insbesondere in der jüngeren Generation in Ost- wie in Westdeutschland stößt das historische Datum mittlerweile auf große Unkenntnis. Dagegen führt eine Bilanz der zeitgeschichtlichen Erforschung des 17. Juni 1953, die sich auf die DDR-Archive und auf westliches Quellenmaterial stützen kann, zu gesicherten Befunden: Der Volksaufstand entzündete sich an der verfehlten SED-Politik einer beschleunigten Sowjetisierung und hatte innenpolitische Ursachen. Die Erhebung begann in Ost-Berlin und breitete sich rasch über die gesamte DDR aus; in über 700 Städten und Gemeinden beteiligten sich etwa eine Million Menschen. Die Westmächte und die Bundesrepublik wurden von dem Aufstand überrascht. Ohne das Einschreiten der sowjetischen Truppen wäre die Herrschaft der SED bereits knapp vier Jahre nach der Staatsgründung an ihr Ende gelangt.

■ In seinem Essay skizziert der Zeitzeuge *Egon Bahr*, damals Chefkomentator des RIAS, mit welcher Sensibilität der amerikanische Rundfunksender in West-Berlin bei der Berichterstattung vorzugehen hatte. Das Interesse der Amerikaner wie das der Russen habe dem Erhalt des Status quo gegolten. Trotzdem sei der RIAS ungewollt zum Katalysator des Aufstands geworden: Die in Ost-Berlin formulierten Forderungen nach freien Wahlen und Wiedervereinigung wurden am 16. Juni gesendet und standen von Anfang an im Zentrum der Proteste in allen Teilen der DDR. *Karl Wilhelm Fricke* verweist daher auf die nationale Dimension des Volksaufstandes und zieht eine Linie zum Revolu-

tionsherbst 1989. Der Autor registriert auch Versuche einer relativierenden Geschichtsschreibung.

■ *Michael Lemke* belegt das Versagen der Staatsicherheit und die Ohnmacht des Politbüros am 17. Juni 1953 – bis zum Ende der DDR Trauma und Menetekel für die Herrschenden. Dagegen sei die Erinnerung an den im Westen glorifizierten Aufstand bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR im Laufe der Jahrzehnte verblasst. Deutschland- und außenpolitisch habe der Volksaufstand das Ende der DDR bedeutet, wie sie 1949 konzipiert worden sei.

■ Der internationalen Dimension der Juni-Ereignisse widmen sich *Marianne Howarth* und *Jochen Laufer*. Die Westmächte, so *Howarth*, seien bemüht gewesen, die kaum für möglich gehaltene Entwicklung nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Sie hätten diesen ersten Volksaufstand gegen den Stalinismus dazu genutzt, die Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis voranzutreiben. *Laufer* zeigt, wie die in der Sowjetunion zunächst als Flüchtlingskrise wahrgenommenen Ereignisse in der DDR dazu beitrugen, den Profilierungs- und Richtungsstreit im Kreml nach Stalins Tod zu entscheiden. Gedankenspiele über eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands seien beendet gewesen.

■ Die Rolle der Medien in West und Ost während des Volksaufstandes kommentiert *Gunter Holzweißig*. Die von Ost-Berlin kolportierte „RIAS-Legende“ könne ad acta gelegt werden, auch wenn die rund um die Uhr laufenden Informationssendungen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung in der DDR ausgeübt hätten. Die Medien der DDR erwiesen sich nach kurzer Sprachlosigkeit – in der es zu bemerkenswerten „Fehlerdiskussionen“ kam – wieder als willfährige Instrumente der Staatspartei.

Hans-Georg Golz ■

Tag der gesamtdeutschen Geschichte

Wenn qualitativ etwas Unvermutetes in die Geschichte eintritt, dann ist es eine Überraschung. Mit anderen Worten: Man hat es nicht vorhergesehen. Das gilt umstandslos für den 17. Juni 1953. Die Ereignisse um dieses Datum herum sind insofern eine Einmaligkeit, als keiner der Dienste sie vorausgesagt, von ihnen gewusst oder sie angekündigt hat. Wir haben im RIAS seinerzeit gewusst, jawohl, es wird diskutiert in den Fabriken wegen der Erhöhung der Arbeitsnormen. Niemand hat es aber für möglich gehalten, dass innerhalb der sowjetischen Machtsphäre Menschen „von unten“ aufbegehren und einen Aufstand beginnen könnten.

Insofern war der 17. Juni eine Erstmaligkeit, denn die Polen, die Ungarn, die Tschechen kamen später. Er war es auch unter einem anderen Gesichtspunkt: Als eine Abordnung der Streikenden plötzlich vor meinem Schreibtisch im RIAS stand – ich war damals Chefredakteur –, war auch das nicht erwartet worden. Natürlich hatte auch niemand vorhergesehen, dass sie an den RIAS die Forderung stellen würden, wir sollten aufrufen zum Generalstreik in der Zone. Die haben noch „Zone“ gesagt. Und natürlich konnten wir nicht. Ein amerikanisch gelenkter Sender konnte nicht zum Generalstreik in der sowjetisch besetzten Zone, also in der einer anderen Besatzungsmacht, aufrufen. Ich sehe die leuchtenden, begeisterten Augen dieser Leute noch heute vor mir und ihre Enttäuschung, als ich ihnen entgegnete: Das geht nicht. Ich habe ihnen den Grund damals nicht ehrlich gesagt. Ich habe gefragt: Gibt es denn irgendwelche organisatorischen Vorbereitungen, Verbindungen in die Zone? Das mussten sie verneinen. Da habe ich erwidert: Dann ist die Sache aussichtslos. Eigentlich nur, um sie ein bisschen zu befriedigen, haben wir dann gefragt: Was sind denn Ihre Forderungen? Die haben sie aufgezählt. Und dann haben wir uns an den Tisch gesetzt, diese fünf Punkte aufgeschrieben und haben ihnen zugesagt, die werden wir senden. Das haben wir auch getan.

Wir haben erst zehn Tage später realisiert, durch die Berichte, die wir bekamen, was da und dort und in jener Stadt passiert war, dass eben nicht nur Berlin und nicht nur Brandenburg, sondern praktisch die gesamte Zone „hochgegangen“ war, dass

überall dieselben Forderungen in derselben Reihenfolge, in demselben Wortlaut erhoben worden waren. Das heißt, der RIAS war, ohne es zu wollen und ohne es zu wissen, zum Katalysator des Aufstandes geworden. Und das war die andere, zweite Erstmaligkeit: Wie nie zuvor ist bewiesen worden, mit welcher rasender Wirksamkeit und Schnelligkeit ein elektronisches Medium in der Lage ist, eine Situation zu verändern. Das hat es vorher nicht gegeben.

Es gab noch eine dritte Erstmaligkeit. Ich erinnere mich genau, dass ich zum ersten Mal in meiner RIAS-Zeit eine Weisung von unserem amerikanischen Controller, unserem Direktor Gordon Ewing, bekommen habe, ein fabelhafter Mann. Das geschah, als wir anfangen, die Erklärung der Streikenden zu senden, dass man sich am nächsten Morgen, am 17. um 7 Uhr früh, am Strausberger Platz treffen solle. Wir hatten Angst, da kämen nur ein paar Leutchen, und die würden verhaftet werden. Und deshalb haben wir gesendet, damit da ein bisschen mehr sind als nur ein paar. Dieser amerikanische Freund stürzte mit bebendem Bärtchen in mein Büro und sagte, der Hochkommissar, der Botschafter James B. Conant, habe angerufen, ob denn der RIAS den Dritten Weltkrieg beginnen wolle. Ich sagte: Natürlich nicht. Ja, aber was ist, wenn die Russen eingreifen? Und was ist, wenn die Russen dann weiter marschieren oder ihre Panzer gleich nach West-Berlin rollen lassen? Ich sagte, das geht gar nicht. Ewing daraufhin: Können Sie das garantieren? Natürlich kann ich das nicht garantieren, entgegnete ich. Es gab keine weitere Diskussion; Ewing wies mich an, die Ausstrahlung der Erklärung sofort zu unterlassen.

Was wir nicht realisiert haben, war, dass schon damals die Amerikaner überaus vorsichtig gewesen sind, die Russen erst recht, und dass alle daran interessiert waren, den Status quo zu erhalten. Es durfte nichts passieren. Es sollte keinen Krieg geben wegen Berlin. Wir haben das in aller Brutalität acht Jahre später beim Bau der Mauer wieder erlebt.

Natürlich gab es – wie immer in historischen Situationen – auch seltsame Geschichten. Am 17. Juni früh war ich mit den Chefredakteuren der Berliner Sender und Zeitungen bei meinem Vorgänger,

dem Berlin-Bevollmächtigten Heinrich Vockel, nachdem ich dem Nachrichtenchef untersagt hatte, eine Meldung mit einer Erklärung von Adenauer zu senden: Der beginnende Aufstand sei eine sowjetische Provokation. Das war nun so weit von der Realität entfernt, dass ich nicht wollte, dass der alte Herr sich blamiert. Und als ich das Herrn Vockel sagte, meinte der: Ich habe schon vergeblich bei Globke versucht, ihn davon zu überzeugen. Aber vielleicht rufen Sie mal an. Das habe ich dann auch getan, und die Wortmeldung des Bundeskanzlers unterblieb. Der Vorgang zeigte, wie weit der Westen – in diesem Falle Bonn – von den Realitäten der Zone entfernt war.

Wenn ich mich heute in die Lage von damals versetze, muss ich sagen: Wir können bis zum heutigen Tage stolz darauf sein, was damals Deutsche in einer schwierigen Lage gewagt haben. Während der Blockade hatte der Westen zum ersten Mal realisiert, dass Deutsche in West-Berlin bereit waren, ein Risiko einzugehen für die Freiheit. Der 17. Juni war nun der Beweis dafür, dass auch die Deutschen in Ostdeutschland bereit waren, Risiken einzugehen und – was noch wichtiger war – zu zeigen, was sie eigentlich wollten, wenn sie könnten. Ihre Forderungen begannen mit der Senkung der Arbeitsnormen, waren also zunächst wirtschaftlicher Natur, und endeten vor dem Haus der Ministerien mit dem politischen Ruf nach freien Wahlen. Es besteht gar kein Zweifel, dass wir ohne das Eingreifen der sowjetischen Panzer die Einheit schon damals bekommen hätten, denn die Ulbricht-Regierung war de facto entmachteter. Und die Volkspolizei war im Begriff, auf die Seite der Aufständischen zu wechseln.

Wir müssen allerdings zugeben, dass die Geschichte des bundesdeutschen Feiertags am 17. Juni kein Ruhmesblatt ist. Wie überhaupt damals der 17. Juni nicht die große Wirkung in Westdeutschland, die Aufregung, das Engagement hervorgerufen hat, das man heute vermuten könnte. Ich sah es immer mit Skepsis, dass die Westdeutschen sich dieses freien Tages zur besten Jahreszeit erfreuten, während die Ostdeutschen arbeiten mussten. Das kann man jedoch keinem zum Vorwurf machen. Ich empfand es auch nicht als Ruhmesblatt in der Gewerkschaftsgeschichte, dass die Gewerkschaften diesen Feiertag als soziale Errungenschaft verteidigt haben. Aber so ist das eben. Ich habe neu-

lich das Jahrbuch der CDU aus dem Jahr 1953 zur Hand genommen: Da muss man aber gewaltig suchen, ehe man etwas über den 17. Juni findet. Ein kleiner Nebensatz war es bei Adenauer. Jakob Kaiser hat etwas mehr darüber gesagt. Auch 1953 gab es Wahlen, wie so oft bei uns. Und die nächsten stehen dann jeweils schon bevor. Da muss man immer aufs Neue entscheiden, ob man die nationalen Fragen höher stellt als Parteifragen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der 17. Juni 1953 weitreichende Wirkungen gehabt hat. Er hat das Denken der Politiker geprägt, und zwar im Osten wie im Westen. Im Osten habe ich das festgestellt, als ich viele Jahre später mit Hermann Axen zu sprechen hatte, der Mitglied des Politbüros war und der mir sagte: Niemand von uns im Politbüro, alte Herren, die damals schon etwas zu sagen hatten, wird vergessen, was damals am 17. Juni passierte. Die Lehre daraus ist: Wenn der Druck im Kessel steigt, darf man nicht den Deckel hochnehmen. Sonst fliegt er einem um die Ohren.

Ein Stück der SED-Haltung seither war auf die Angst vor einer Wiederholung des 17. Juni zurückzuführen. Und im Westen stand die Erfahrung im Mittelpunkt: Wir haben seinerzeit mit geballten Fäusten, aber ohnmächtig an der Sektorengrenze gestanden und konnten und durften nicht helfen. Unsere Hilfe reduzierte sich im Wesentlichen auf Erbitterung und auf berechtigten Protest. Das haben wir dann 1956 erneut erlebt in Polen, noch schlimmer im selben Jahr in Ungarn, und 1968 in der Tschechoslowakei. Daraus resultierte, dass wir 1980, als Solidarnosc in Polen anfang, riefen, um Gottes Willen, wollen die das noch mal erleben, dass der Westen protestiert, aber nichts tut? Insofern hat der 17. Juni Langzeitwirkungen gehabt auf allen Seiten. Ich will durchaus hinzufügen: auch bei Solidarnosc. Die konnten besser beurteilen als wir, was man riskieren konnte.

Nachdem wir nun die Einheit lange genug haben, können wir den 17. Juni 1953 als gesamtdeutsches Ereignis begreifen und sagen: Wir können stolz sein auf diesen Tag und das, was die Ostdeutschen gezeigt haben. Ohne ihren Mut hätte es weder den 17. Juni 1953 noch den 9. November 1989 gegeben. Der kleinere, bedrängtere Teil hat für das Ganze Geschichte geschrieben.

Die nationale Dimension des 17. Juni 1953

Fünfzig Jahre nach jenem dramatischen Geschehen in Ost-Berlin und der DDR, das mit dem Datum des 17. Juni 1953 verbunden ist, sollten einige historische Grunderkenntnisse eigentlich unstrittig sein – über die Spontaneität etwa, mit der Hunderttausende Streikende die Arbeit niederlegten und ein bis zwei Millionen Demonstranten republikweit auf die Straße gingen, ebenso über die frühzeitige Politisierung der von ihnen erhobenen Forderungen. Aber diese Hoffnung trägt. Nachdem die historische Wahrheit über den 17. Juni schon im Staat der SED bis zu seiner Endzeit nicht zur Sprache gebracht werden durfte, sondern Zerrbilder, Legenden und Unwahrheiten von Ideologen und Historikern im Parteauftrag kolportiert wurden, mehren sich im geeinten Deutschland Versuche, den 17. Juni 1953 als Eskalation sozialer Massenproteste darzustellen, in deren Verlauf es zu „Randale“ und „Gewalttätigkeiten“ kam. „DDR-Fahnen wurden herabgerissen und verbrannt, Kioske angezündet. Läden und öffentliche Gebäude gestürmt, geplündert und gebrandschatzt. Es kam zu tätlichen Angriffen auf Mitglieder der SED und der FDJ.“¹ So zu lesen in einer mit über zwei Dutzend Unterschriften versehenen Erklärung zum 50. Jahrestag des Aufstands, die ein „Berliner Alternatives Geschichtsforum“ veröffentlicht hat. Zu den Unterzeichnern gehören Hans Modrow, Manfred Gerlach und Wolfgang Schwanitz, und so kann es nicht überraschen, dass historische Deutungsmuster angeboten werden, die einst das Geschichtsbild der SED vom 17. Juni prägten.

Dieselbe Tendenz lassen Publikationen erkennen, die eher Aufschluss über ihre Verfasser als über die Geschichte der Erhebung vermitteln. „Niemand glaubt mehr an einen faschistischen Putschversuch oder an einen Volksaufstand“, will etwa Hans Bentzien suggerieren.² Indem er den Topos einer Legende verwirft, will er einen historisch gültigen Begriff relativieren. In einer Selbstrechtfertigungsschrift zu ihrem Dienst im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) räumen ehemalige

Stasi-Generäle zwar innere Ursachen des Aufstands ein, negieren auch seine Einschätzung als „faschistischen Putsch“, aber konstatieren gleichwohl „eine massive, auf Konterrevolution ausgerichtete Einmischung von außen“. Vor allem leugnen sie vehement, „es habe sich um einen Arbeiteraufstand gar für die deutsche Einheit gehandelt. Um einen solchen Aufstand handelte es sich ganz gewiss nicht.“³ Die ehemaligen „Tschekisten“ schreiben gegen die Wahrheit.

Zum Forschungsstand

Die westliche Zeitgeschichtsforschung arbeitete den 17. Juni 1953 in der Zeit der deutschen Teilung zwar so gut wie möglich auf, aber mit dem Zugriff auf die Archive der DDR hat sie eine neue Qualität erreicht. Vor allem Akten und Archivalien aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED und dem Militärarchiv der DDR sowie aus den Archiven des MfS und des Ministeriums des Innern haben die Erkenntnisse über die Erhebung vertieft, ergänzt und präzisiert. Eine Reihe fundierter Werke ist seither erschienen.⁴ Eine totale Revision des bis 1990 erarbeiteten Geschichtsbildes war gleichwohl nicht erforderlich, seine grundlegenden Erkenntnisse waren von Bestand.

Zu korrigieren waren Zahlen über das Ausmaß der Erhebung, denn die Zeitgeschichtsforschung hatte jahrzehntelang DDR-amtliche Fälschungen hingenommen, mit denen die Herrschenden das Wissen über den 17. Juni unterdrücken wollten. Tatsächlich hatte die sowjetische Besatzungsmacht über 167 von 217 Stadt- und Landkreise der DDR den Ausnahmezustand verhängt. In Brennpunkten des Aufstands wie Ost-Berlin, Magdeburg, Halle

3 Reinhard Grimmer/Werner Irmeler/Gerhard Neiber/Wolfgang Schwanitz, Sicherheitspolitik der SED, staatliche Sicherheit der DDR und Abwehrarbeit des MfS, in: Reinhard Grimmer/Werner Irmeler/Willi Opitz/Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Bd. I, Berlin 2002, S. 44–226, hier: S. 143 f.

4 Vgl. besonders Manfred Hagen, DDR – Juni 53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992, und Gerhard Beier, Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt/M. – Wien 1993.

1 Erklärung zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, in: Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte, (2002) 3–4, S. 59–62.

2 Hans Bentzien, Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe, Berlin 2003, S. 7.

und Leipzig wurde er erst nach Wochen aufgehoben. Die seinerzeit von Ministerpräsident Otto Grotewohl offiziell genannte Zahl von 272 Städten und Ortschaften,⁵ die von Streiks, Demonstrationen und Unruhen erfasst worden seien, erwies sich nicht nur als falsch, sondern als bewusst gefälscht. 1991 konnte Thorsten Diedrich anhand von Akten des Ministeriums des Innern 373 Ereignisorte nachweisen.⁶ Vier Jahre später belegten Ilko-Sascha Kowalczuk und Armin Mitter bereits 563 Streikorte.⁷ Nach jüngsten Recherchen hat Kowalczuk 701 Städte und Ortschaften aufgelistet, in denen es zu Aktionen gegen die Staatspartei bzw. die Besatzungsmacht gekommen war.⁸ Selbst diese Zahl dürfte nicht endgültig sein. Noch immer taucht in den Archiven neues, bislang unbekanntes Material über den 17. Juni auf.

Als im Großen und Ganzen abgeschlossen kann die Forschung zur Strafverfolgung der Akteure des 17. Juni gelten.⁹ Doch auch hier sind noch Defizite anzuzeigen, denn manches Schicksal von Aufständischen ist ungeklärt. Erst der Zugang zu den Akten in den Archiven des KGB in Moskau könnte hier für Klarheit sorgen, denn mit der Verhängung des Ausnahmezustands war die strafrechtliche Verfolgung von Streikenden und Demonstranten zu einer Angelegenheit der Besatzungsmacht geworden. Wieviele Juni-Aufständische von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zum Tode verurteilt wurden, hat die Zeitgeschichtsforschung bis heute nicht genau klären können. Ferner wurden mehrere hundert Aufständische zu Freiheitsstrafen von (selten) drei bis (häufig) 25 Jahren in Zwangsarbeitslagern der Sowjetunion verurteilt. Im Gegensatz zu den Standgerichtsurteilen wurden diese SMT-Urteile seinerzeit geheim gehalten; selbst nächste Familienangehörige blieben monatelang ohne Nachricht. In ihrer Mehrheit blieben die Verurteilten zum Strafvollzug in DDR-Zuchthäusern und Arbeitslagern. Etwa ein Fünftel gelangte in den Gulag, zumal nach Workuta in Sibirien.

5 Vgl. Otto Grotewohl, Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei, in: Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, Berlin (Ost) 1953, S. 32.

6 Vgl. Thorsten Diedrich, Der 17. Juni 1953. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 293.

7 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk/ Armin Mitter, Orte des Widerstandes, in: dies./ Stefan Wille (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 335 ff.

8 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003, S. 284–293.

9 Vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2., überarb. Aufl., Berlin 1997, S. 105–155.

Die Opfer

In der Historiographie der DDR wurde dieses Kapitel des 17. Juni völlig ausgeklammert. Vielfach wurden Aufständische, die von DDR-Exekutivorganen ergriffen worden waren, in sowjetischen Gewahrsam überführt. Umgekehrt überantworteten die Rotarmisten der Staatssicherheit und der Volkspolizei Häftlinge, die sie bei der Besetzung bestreikter Betriebe oder bei Militärpatrouillen auf Straßen und Plätzen festgenommen hatten. Die Repressionsorgane der Besatzungsmacht griffen nach anfänglichem Zögern hart durch. Wie der sowjetische Hochkommissar für Deutschland Wladimir S. Semjonow berichtet, hatte er am 17. Juni um 11 Uhr aus Moskau unter anderem die Weisung empfangen, „militärische Standgerichte einzurichten und zwölf Rädelsführer zu erschießen. Die Mitteilung über die Exekutionen sollten überall in der Stadt ausgehängt werden.“¹⁰ Standgerichte fällten eine Reihe von Todesurteilen, die zur Abschreckung öffentlich, durch Plakatanschlag, Lautsprecherwagen und Rundfunkmeldungen, am Tag danach auch durch Zeitungsmeldungen, bekannt gegeben wurden. Mit der ersten Verlautbarung dieser Art wurde am 17. Juni der aus West-Berlin stammende, 36-jährige arbeitslose Maler Willy Göttling „zum Tode durch Erschießen verurteilt“,¹¹ wie der Chef der Garnison Generalmajor Pawel T. Dibrowa am 18. Juni erklärte. Wie der Unglückliche, der Frau und zwei Kinder hinterließ, in das Geschehen verwickelt worden war, ließ sich bis heute nicht klären. Sowjetische Akten dazu sind bisher nicht bekannt geworden, obwohl die Existenz von Akten in Fällen anderer standrechtlich erschossener Aufständischer erwiesen ist.

In Magdeburg machte der Militärkommandant durch Plakatanschlag bekannt, dass Alfred Dartsch und Herbert Stauch „wegen der aktiven provokatorischen Handlungen am 17. Juni 1953, die gegen die festgelegte Ordnung gerichtet waren, als auch wegen der Teilnahme an den banditischen Handlungen vom Gericht des Militärtribunals zum Tode durch Erschießen verurteilt worden sind“.¹² Die Bekanntmachung schloss mit der

10 Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 296.

11 Bekanntmachung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin vom 18. 6. 1953, in: Neues Deutschland vom 19. 6. 1953.

12 Bekanntmachung des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg, zit. bei Thomas Flemming, Kein Tag der deutschen Einheit, Berlin 2003, S. 104.

Feststellung, dass das Urteil am 18. Juni vollstreckt worden sei. Der Transportarbeiter Alfred Dartsch wurde beschuldigt, einen Volkspolizisten erschossen zu haben. In einer Aktennotiz der Volkspolizei vom 17. Juni war vermerkt worden, dass er von der Staatssicherheit festgenommen und „den Freunden“ übergeben worden sei. Die Ermittlungen seien über „eine kurze informatorische Vernehmung“ nicht hinausgekommen.¹³ Von der Militärhauptstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation ist Alfred Dartsch am 9. Dezember 1996 voll rehabilitiert worden.¹⁴

Im Fall Stauch – in der Bekanntmachung irrtümlich „Strauch“ geschrieben – sind die Gerichtsakten verfügbar. Sie dokumentieren nicht nur sowjetisches Justizunrecht, sondern auch den politischen Mut des Opfers. Der selbstständige Gewerbetreibende – er unterhielt einen Betrieb zur Herstellung von Teigwaren – hatte sich am 17. Juni in Magdeburg an der Protestdemonstration vor dem Polizeipräsidium beteiligt. Als Sprecher einer vierköpfigen Delegation war er im Polizeipräsidium für die Freilassung politischer Gefangener eingetreten. Nach seiner Festnahme noch in der Nacht wurde er den Russen überstellt. Der Prozess vor dem Militärtribunal des sowjetischen Truppenteils Nr. 92401 in Magdeburg begann um 13.05 Uhr. Das Gericht verhandelte nichtöffentlich. Ein Verteidiger war nicht zugegen. Um 13.45 Uhr zog sich das Gericht, das aus einem Oberstleutnant als Vorsitzendem und zwei Majoren als Beisitzern bestand, zur Beratung zurück und verkündete um 14 Uhr, also nach einer Viertelstunde, „im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ das auf Todesstrafe durch Erschießung lautende Urteil. Die Begründung: „Stauch, Mitglied der CDU-Partei, war an der konterrevolutionären Kundgebung vom 17. Juni 1953 gegen das Besatzungsregime und die örtlichen Machtorgane aktiv beteiligt. Als Mitglied der vierköpfigen Delegation, gewählt von der Menschenmasse, drang er ins Polizeipräsidium ein, wo er die Gewährung der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten für die Rebellen, die Freilassung der Staatsverbrecher, sowie die Regierungsablösung forderte.“¹⁵ Auch Herbert Stauch ist durch Entscheid der Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau vom 14. März

1996 rehabilitiert worden.¹⁶ Die Magdeburger Todesurteile wurden unverzüglich vollstreckt – durch drei namentlich bekannte Volkspolizisten, welche die Exekution durch Pistolenschüsse ins Genick im Gefängnis Magdeburg-Sudenburg vollzogen. Das in den neunziger Jahren gegen sie angestrengte Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.¹⁷

Ein weiteres sowjetisches Todesurteil traf den Kraftfahrzeugschlosser Alfred Diener, der sich in Jena an den Unruhen beteiligt hatte. Der 26-Jährige war am 17. Juni von sowjetischen Soldaten im Gebäude der SED-Kreisleitung festgenommen worden, wo er gemeinsam mit zwei anderen Demonstranten den 1. Sekretär in dessen Büro zur Rede gestellt hatte. In den Vormittagsstunden des 18. Juni 1953 wurde Diener vom Militärtribunal des sowjetischen Truppenteils Nr. 07335 in Weimar wegen „konterrevolutionärer Handlungen“ zum Tode verurteilt und noch am selben Tage im Gebäude der sowjetischen Kommandantur in Weimar erschossen. Heute trägt eine Straße in Jena seinen Namen, und in Weimar erinnert eine Gedenktafel der Stadt an Alfred Diener – auch er ist rehabilitiert worden.

Aus Urteilen Sowjetischer Militärtribunale, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni ergingen, ist ersichtlich, dass sie sich juristisch auf das Strafgesetzbuch der RSFSR (Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik) gründeten. Artikel 58 Absatz 2 stellte den Tatbestand des bewaffneten Aufstands und des Eindringens von bewaffneten Banden in das Sowjetgebiet in konterrevolutionärer Absicht unter Strafe; Artikel 58 Absatz 8 betraf die Begehung terroristischer Handlungen gegen Vertreter der Sowjetmacht oder Funktionäre revolutionärer Organisationen der Arbeiter und Bauern. Wesentlich genauer als die Tätigkeit Sowjetischer Militärtribunale hat die Forschung die Verfolgung von Teilnehmern des Volksaufstandes durch die Strafjustiz der DDR dokumentiert. So wurde nachgewiesen, dass Semjonow schon in seinem Lagebericht über die DDR für das dritte Quartal 1953 eine vorläufige Zahl nach Moskau gemeldet hatte: „Insgesamt sind zum 5. Oktober durch Gerichte der DDR 1240 Teilnehmer der Provokationen verurteilt worden. (. . .) Unter den verurteilten Organisatoren und Anstiftern der Provokatio-

13 Aktenvermerk über informatorische Vernehmungen vom 17. Juni 1953, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, BDVP Magdeburg, 18/183, Bl. 10.

14 Rehabilitierungsbescheid vom 9. Dezember 1996, Archiv Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.

15 Urteil des Militärtribunals der Truppeneinheit 92401 vom 18. Juni 1953, Archiv Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden, Akte Herbert Stauch.

16 Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation vom 27. Juni 1997, Archiv der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.

17 Vgl. Ermittlungen wegen Mordes eingestellt, in: Volksstimme vom 4. 6. 1999.

nen sind 138 ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen und 23 Einwohner Westberlins.“¹⁸

Bis Ende Januar 1954 hatte sich die von Semjonow genannte Zahl Verurteilter um knapp dreihundert erhöht. Ein von Justizministerin Hilde Benjamin und Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer entworfener Bericht „Zur Durchführung des neuen Kurses in der Justiz“, der am 5. März 1954 Walter Ulbricht zugeleitet wurde und sich in seinem Nachlass fand, enthielt über „die Aburteilung der Provokateure des Putsches vom 17.6.1953“ folgende Passage: „Von Anbeginn an wurden Staatsanwälte und Richter darauf hingewiesen, dass sie in ihrer Anklagepolitik und ihrer Urteilspraxis den grundlegenden Hinweis in der Entschließung des 14. Plenums zu befolgen hatten, nämlich zwischen ehrlichen Arbeitern und Provokateuren zu unterscheiden. (. . .) Von den 1526 Angeklagten, die verurteilt wurden, erhielten 2 Angeklagte die Todesstrafe, 3 Angeklagte lebenslängliche Zuchthaus, 13 Angeklagte Strafen von 10–15 Jahren, 99 Angeklagte Strafen von 5–10 Jahren, 824 Angeklagte Strafen von 1–5 Jahren und 546 Angeklagte Strafen bis zu einem Jahr.“¹⁹ Da zum Zeitpunkt der Untersuchung noch anhängige Strafverfahren ebenfalls mit Verurteilungen endeten, muss die Gesamtzahl der im Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand von DDR-Gerichten Verurteilten auf mindestens 1 600 beziffert werden.

Die beiden Todesurteile gegen Akteure des 17. Juni, die in der Verantwortung der DDR-Strafjustiz ausgesprochen wurden, fällten das Bezirksgericht Halle/Saale in eintägiger Hauptverhandlung am 22. Juni 1953 gegen die 42-jährige Erna Dorn,²⁰ eine angebliche ehemalige Gestapo-Mitarbeiterin, die während des Aufstands aus dem Gefängnis befreit worden war, und das Bezirksgericht Magdeburg am 6. Oktober 1953 gegen den ebenfalls 42-jährigen Gärtner Ernst

18 Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage der DDR im 3. Quartal 1953, dok. bei Jan Foitzik, Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/1954, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. II, 2, Baden-Baden–Frankfurt/M. 1995, S. 1350–1541, hier: S. 1375.

19 (Hilde) Benjamin/ (Ernst) Melsheimer, Zur Durchführung des neuen Kurses in der Justiz, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NL 182/1121, Bl. 6. In der Untersuchung wird auch festgestellt, dass im Zuge des Neuen Kurses nach Einstellung oder kritischer Überprüfung von Strafverfahren bis Oktober 1953 nicht weniger als 23 853 Häftlinge aus den Gefängnissen der DDR entlassen wurden. 20 Vgl. dazu Hans-Peter Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003, S. 96–103.

Jennrich.²¹ Beide starben in Dresden unter der Guillotine. Während sich die hohen Strafen durchweg auf Artikel 6 Absatz 2 der DDR-Verfassung gründeten, eine rechtsstaatswidrige Generalklausel, beruhten die Gefängnisstrafen vorwiegend auf § 125 des damals geltenden Strafgesetzbuches, der Landfriedensbruch betraf. Kein Einziger der Verurteilten hatte am 17. Juni Aufträge West-Berliner „Agentenzentralen“ ausgeführt.

Parteiliche Wertungen

Die Schwierigkeiten mit der Wahrheit, die einst die SED im Kontext des 17. Juni hatte und die viele ihrer politischen Nachfahren bis heute nicht überwunden haben, sind gleichsam ideologischer Natur. Es passte nicht in das Weltbild der herrschenden Nomenklatura, dass ausgerechnet im Jahre 1953, das die Staatspartei zum „Karl-Marx-Jahr“ erklärt hatte,²² Bauarbeiter der Ost-Berliner Stalinallee und Stahl- und Walzwerker aus Hennigsdorf die erste Volkerhebung im Stalinismus initiiert hatten. Ein charakteristisches Beispiel für die historische „Bewältigung“ der Ereignisse durch die Politbürokratie lieferte Erich Honecker in seiner Autobiographie.²³ Für ihn blieb der Aufstand ein „durch imperialistische Geheimdienste und Agentenzentralen gesteuerter konterrevolutionärer Putschversuch“; Honecker bediente noch 1980 die Legende vom planmäßig inszenierten „konterrevolutionären Putsch“.

Bereits in ihrer ersten offiziellen Stellungnahme zu den Ereignissen ließ die Regierung der DDR am Nachmittag des 17. Juni 1953 diese Version über den Rundfunk verbreiten. In einer Entschließung des 14. ZK-Plenums vom 21. Juni tauchte das Argumentationsmuster erneut auf. Die Protest- und Aufstandsbewegung wurde als „faschistisches Abenteuer“ und „faschistische Provokation“ gebrandmarkt. Der 17. Juni mutierte zu dem „von langer Hand vorbereiteten Tag X“.²⁴ Der ominöse

21 Vgl. dazu Karl Wilhelm Fricke, Todesstrafe für Magdeburger „Provokateur“. SED-Rachejustiz nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv, 26 (1993) 5, S. 527–531.

22 Vgl. Im Jahre 1953 gedenkt die deutsche Nation ihres größten Sohnes Karl Marx. Aufruf des Zentralkomitees zum Karl-Marx-Jahr 1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 222 ff.

23 Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1980, S. 185.

24 Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei. Beschluss des ZK vom 21. Juni 1953, in: Dokumente der SED (Anm. 22), S. 436 f.

Begriff kehrte wieder in der Entschließung des 15. Plenums des ZK, das vom 24. bis 26. Juli tagte. Nun wurde der „faschistische Tag X“ zum „faschistischen Putschversuch“ stilisiert, den „faschistische Provokateure“ im „demokratischen Sektor von Berlin“ unternommen hätten. Selbstredend musste die Legende auch als Deutungsmuster für die Streiks und Demonstrationen in der Provinz erhalten: „Gleichzeitig traten die in einigen anderen Städten der Deutschen Demokratischen Republik seit langem organisierten Agentengruppen in Tätigkeit und organisierten faschistische Unruhen.“²⁵

Die Legende vom „Tag X“ ging aus der Verfälschung eines Zitats von Jakob Kaiser hervor, seinerzeit Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Er hatte in einer Rede bei Gründung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung am 24. März 1952 den Tag, an dem die deutsche Einheit wiederhergestellt sei, als „Tag X“ umschrieben. Dabei hatte er weder an einen Aufstand in der DDR noch an einen Putsch gedacht. Der Passus lautete vielmehr: „Niemand kann sagen, zu welchem Zeitpunkt die Politik um Deutschland im Sinne der Wiedervereinigung unseres Landes erfolgreich sein wird. Übrig bleibt aber, dass der Tag der Wiedervereinigung zunächst²⁶ mit der Sowjetzone kommt und dass er nach vorausgegangenem gesamtdeutschen Wahlen, wie wir hoffen möchten, in unserem Sinne kommt.“²⁷

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist Kaiser in seiner Rede vom Manuskript abgewichen und hat in diesem Zusammenhang vom „Tag X“ gesprochen; darauf lässt jedenfalls das Echo in der Presse schließen.²⁸ Otto Grotewohl zitierte Kaisers Rede auf dem 14. ZK-Plenum wie folgt: „Niemand kann sagen, wann die Politik der Wiedervereinigung erfolgreich sein wird. Als erster Schritt kommt nach gesamtdeutschen Wahlen die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone in Betracht. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, dass dieser ‚Tag X‘ rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen. Es ist unsere Aufgabe, für alle Probleme bestmöglich vorbereitet zu sein.“²⁹ Kaisers Aus-

führungen hatten sich auf die wissenschaftliche Arbeit des Forschungsbeirates bezogen. Die Gleichsetzung des „Tages X“ als unbekanntes Datum einer künftigen Wiedervereinigung mit dem 17. Juni 1953 ermöglichte es der SED, die Putschlegende zu kreieren.

Damit manövrierte sie allerdings die Staatssicherheit in ein heilloses Dilemma, denn sie forderte von ihr, die westlichen Organisatoren und Drahtzieher des „Putschversuches“ zu entlarven. Von deren Nichtexistenz hätte die Staatssicherheit jedoch aufgrund eigener Ermittlungen überzeugt sein müssen.³⁰ Das MfS wurde für knapp zweieinhalb Jahre zum Staatssekretariat herabgestuft und formal dem von Willi Stoph geleiteten Innenministerium eingegliedert.

Freie Wahlen und Wiedervereinigung

Zu den für die SED am schwersten erträglichen Wahrheiten des 17. Juni 1953 gehörte der dialektische Umschlag in politischen Massenprotest gegen die Diktatur, was als Auflehnung gegen administrativ erhöhte Arbeitsnormen und staatliche Preistreiberei begonnen hatte. „Wir wollen freie Menschen sein“,³¹ skandierten die Bauarbeiter am 16. Juni auf ihrem historischen Zug durch die Stalinallee zum Haus der Ministerien. Schon auf diesem ersten Demonstrationmarsch wurde die Forderung nach freien Wahlen erhoben und damit die Machtfrage gestellt.

Der Ruf nach freien Wahlen korrelierte mit dem Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung; auch das ist durch die historischen Zeugnisse belegbar. Freie Wahlen waren für die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung identisch mit der Überwindung der deutschen Teilung. Diese war nur als Einheit in Freiheit vorstellbar. Deshalb traten Streikende und Demonstranten häufig schon zu Beginn der Proteste für freie gesamtdeutsche Wahlen ein. Was Heinz Brandt, in jenen Tagen Sekretär für Agitation der Bezirksleitung Berlin der SED, von einer Belegschaftsversammlung im VEB Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh aus eigenem Erleben am frühen Morgen des 17. Juni berichtete, war für viele bestreikte Betriebe

25 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung des ZK vom 26. Juli 1954, in: ebd., S. 452.

26 1952 – zum Zeitpunkt der Rede – war auch das Saarland noch von der Bundesrepublik Deutschland getrennt. Möglicherweise hatte Kaiser auch eine Wiedervereinigung mit den Gebieten jenseits von Oder und Neiße im Sinn.

27 Redemanuskript aus dem Nachlass Jakob Kaiser, BArch Koblenz, Bestand N 1018, Bd. 199, Bl. 3.

28 Vgl. dazu die Pressestimmen in: Dokumentation der Zeit. Gesamtdeutsches Informations-Archiv, Berlin (Ost), Heft 49 vom 1. 7. 1953, Sp. 2631–2634.

29 Zit. bei O. Grotewohl (Anm. 5), S. 29.

30 Ausführlich dazu Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.

31 Zit. bei G. Beier (Anm. 4), S. 331.

typisch. „Es wurde eine Entschließung angenommen, die den gewählten Betriebsausschuss bevollmächtigte, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Belegschaft zu vertreten und sich mit ähnlichen Ausschüssen in Verbindung zu setzen. Als politisches Hauptziel wurde die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie demokratische Wahlen gefordert.“³² Das Streikkomitee einer Baustelle am 17. Juni in der Stalinallee sprach sich neben sozialen Verbesserungen für „Freie Wahlen für ganz Deutschland“³³ aus. Die Funkwerker in Berlin-Köpenick beschlossen auf einer Betriebsversammlung einen Demonstrationzug mit folgenden Zielsetzungen: „1. Garantierung unserer Verfassung – die jetzigen Regierungsfunktionäre sind keine Garantien und müssen abtreten. 2. Für die Einheit Deutschlands. 3. Für freie gesamtdeutsche Wahlen.“³⁴

Nicht anders war es in der Provinz. Streikende in der Filmfabrik Wolfen forderten am 17. Juni neben dem Sturz der Regierung dezidiert die „Einheit Deutschlands“ sowie „Geheime und freie Wahlen für ganz Deutschland“.³⁵ In einem Telegramm an die Regierung der DDR, in dem das Streikkomitee des Kreises Bitterfeld am 17. Juni im Namen der Werktätigen des Kreises zehn Forderungen unterbreitet hatte, waren an dritter Stelle „Freie demokratische geheime und direkte Wahlen in 4 Monaten“³⁶ postuliert. Die Forderung „Freie, allgemeine, gesamtdeutsche Wahlen schnellstens durchführen“³⁷ war auch in einem 30-Punkte-Katalog enthalten, den Streikende der Chemischen Werke Buna in Schkopau aufstellten. In Dresden artikulierten die Sachsenwerker die Losungen „Wir fordern freie Wahlen“ und „Einheit Deutschlands“.³⁸ Im thüringischen Teutschenthal erhoben streikende Kali-Kumpel die Forderung „Freie Wahlen für Gesamtdeutschland“.³⁹ Die Forderung nach freien Wahlen war die bestimm-

mende Idee, die den Aufstand vom 17. Juni 1953 beseelte. Seine nationale Dimension war eindeutig und ist nicht zu leugnen, ohne die historische Realität zu verdrängen.

Wie eindeutig das nationale Moment des 17. Juni seinerzeit auch im Westen wahrgenommen wurde, lässt sich an dem Gesetz vom 4. August 1953 ablesen, durch das der 17. Juni als „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“ definiert und zum gesetzlichen Feiertag, zum „Tag der deutschen Einheit“ erklärt wurde.⁴⁰ Das war damals Konsens aller Demokraten. Erst mit wachsender zeitlicher Distanz zerbrach dieser Konsens, weil in den siebziger und achtziger Jahren im Zuge der westöstlichen Entspannungspolitik und des politischen Status-quo-Denkens das Ziel der deutschen Einheit von bundesdeutschen Politikern und Publizisten zunehmend als unerreichbar empfunden und aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurde. Der „Tag der deutschen Einheit“ geriet zu einem Tag sommerlicher Freizeitgestaltung, und die Reden zu den Gedenksitzungen im Parlament verhallten weithin ungehört. Viele Menschen hatten sich an die Teilung Deutschlands in zwei Staaten gewöhnt. Dennoch blieb der 17. Juni als gesetzlicher Feiertag erhalten. Dreißig Jahre nach dem Aufstand versicherte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl: „Der 17. Juni wirkt politisch weiter. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses Datum zum Tag der deutschen Einheit, zum nationalen Gedenktag des deutschen Volkes gemacht. Ich möchte feststellen: Dabei bleibt es.“⁴¹ Doch als Feiertag abgeschafft wurde er, eine Paradoxie sondergleichen, als die Deutschen 1990 „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet“⁴² hatten. Es war eine geschichtslose Fehlentscheidung, die auf einen eklatanten Mangel an Respekt vor dem Mut und der Opferbereitschaft der Juni-Aufständischen hindeutet.

17. Juni 1953 – eine gescheiterte Erhebung? Vordergründig betrachtet liegt die Antwort auf diese Frage auf der Hand. In historischer Perspektive hat die friedliche Revolution im Herbst 1989 vollendet, was mit dem Aufstand 36 Jahre zuvor seinen Anfang nahm.

32 Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 241.

33 Zit. bei Günther Hillmann, Selbstkritik des Kommunismus. Texte der Opposition, Reinbek 1967, S. 169 f.

34 Zit. bei Siegfried Berger, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal, Berlin 1998, S. 53.

35 Zit. bei Angelika Klein, Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Potsdam 1993, Heft 2, S. 15.

36 Zit. bei Heidemarie Schmidt/ Paul Werner Wagner, ... man muss doch mal zu seinem Recht kommen. ...“ Paul Othma – Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld, Magdeburg 2001, S. 9.

37 Zit. bei Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 135.

38 Zit. bei Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999, S. 205.

39 Zit. bei A. Klein (Anm. 35), Heft 1, S. 30.

40 Gesetz über den Tag der deutschen Einheit, BGBl. I, Nr. 45 vom 7. 8. 1953.

41 Helmut Kohl, Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, in: Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Band 1, Bonn 1985, S. 133.

42 Präambel zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 15. 11. 1994.

Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte

Folgen und Spätfolgen

In den letzten Jahren ist die lange Reihe der Forschungen über die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 in der DDR mit vertiefenden Regional- und Lokalstudien und jüngst auch neuen Gesamtdarstellungen fortgesetzt worden.¹ Während Ursachen und Verlauf des Ereignisses insgesamt gut untersucht sind, wurde seinen Folgen und Spätfolgen für die Entwicklung der DDR wissenschaftlich weit weniger intensiv nachgegangen. Wie wurde die Volkserhebung in der DDR intellektuell und politisch „bewältigt“? Wurde sie verdrängt, vergessen oder in den Erinnerungen wachgehalten? War sie Bezugspunkt sowohl für oppositionelles als auch konformes Handeln sowie für die SED-Politik? Was waren neben den innen- die deutschland- und außenpolitischen Folgen der Volkserhebung?

Ursachenforschung und „Neuer Kurs“

Am 17. Juni 1953 legten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee die Arbeit nieder. Sie gaben das Signal zu einer Volkserhebung, die binnen weniger Stunden die gesamte DDR erfasste. Soldaten und Panzer der Sowjetarmee schlugen den spontanen antistalinistischen Aufstand nieder. Er hatte gezeigt, dass sich die Macht der SED letztlich auf die Bajonette der Roten Armee stützte und dass die sowjetische Option, sie im Fall der Systemgefährdung jederzeit einzusetzen, neue Aufstände prinzipiell verbot. Diese Einsicht bildete bis zur „Wende“ 1989/90 die wichtigste Konstante der Wahrnehmung sowjetischer Interessen sowohl durch die SED als auch die DDR-Bevölkerung.

Von den Ereignissen zutiefst erschüttert, begann gleich nach dem 17. Juni in Politbüro und Zentral-

komitee (ZK) der SED die Suche nach den Ursachen, nach Fehlern und Schuldigen. Führende Funktionäre übten eine bemerkenswerte Selbstkritik, die tatsächliche Missstände benannte, ohne allerdings den sozialistischen Kurs in Frage zu stellen: Sein Forcieren sei falsch gewesen, „bedeutende Schichten der Bevölkerung“ seien zu Gegnern geworden, und viel Zündstoff habe sich „aus einer falschen sozialen Politik“ ergeben. Diese habe „Provokateuren“ den Boden bereitet und den „Eingriff des faschistischen und monopolistischen Gegners aus dem Westen“ erst ermöglicht.² Diese Einschätzung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl traf die Stimmung jener in der DDR, die sie als antikapitalistische Alternative in Deutschland erhalten wollten, für Reformen des stalinistischen Systems eintraten und in der Volkserhebung eine Chance dafür sahen.

Doch setzte bereits Ende Juli ein propagandistischer Wandel ein, als Grotewohl gegen eine angebliche Entwicklung der SED zur „Büßergemeinde“³ vorging und sich die Bevölkerung in ihrer Hoffnung auf eine nachhaltige Änderung der politischen Verhältnisse durch die Losung „Schluss mit der Stimmung der Reue“ getäuscht sah. Zwar hatten die sowjetischen Organe als Stichwortgeber bereits am 17. Juni von „Provokateuren“ und „faschistischen Agenten ausländischer Mächte“ gesprochen und so die Selbstkritik der SED in eine erkennbare Richtung gelenkt. Aber nun sahen der sowjetische Hochkommissar⁴ und der Kreml die Gefahr, dass die SED in ein neues Extrem fallen und die „theoretischen Fehler“ übersehen könnte.⁵ So traten in der offiziellen

2 Zit. nach Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 123.

3 Vgl. Neues Deutschland vom 29. 7. 1953.

4 Vgl. Merkblatt (der Administration des sowjetischen Hochkommissars), undatiert (Ende Juli 1953), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4090/303, Bl. 282.

5 Der DDR-Botschafter in Moskau berichtete seinem Ost-Berliner Vorgesetzten, die sowjetischen Genossen meinten, „in Deutschland [gemeint war die DDR, M.L.] hat man immer Politik in Extremen gemacht. Man fürchtet, daß dies jetzt wieder so sein könnte und Partei und Regierung wieder in ein

Sprachregelung der von außen gesteuerte „faschistische Putsch“ und verschiedene, eine „Konterrevolution“ assoziierende Begriffe in den Vordergrund der Ursachenforschung, verdrängten aber nie, dass dem „imperialistischen Klassenfeind“ für seinen „Putsch“ bestimmte innere Voraussetzungen geschaffen und von der SED Fehler begangen worden waren. Gleichzeitig baute die SED eine weitere Argumentationslinie auf: Während irregeleitete Bürger und zum Streik verführte Arbeiter Agenten ausländischer Mächte und des westdeutschen Monopolkapitals sowie nazistischen Kräften auf den Leim gegangen seien, habe die überwiegende Mehrzahl der Werktätigen fest zu Partei und Regierung gestanden und Besonnenheit gezeigt.

Diese Lesart bildete einen parteiinternen und ostdeutsch-sowjetischen Konsens, der die innenpolitische Notwendigkeit berücksichtigte, den „Neuen Kurs“ zumindest formal fortsetzen zu können. Als sowjetische Initiative zur Entspannung der Situation geplant, lief er auf ein Abbremsen von Sowjetisierungsprozessen und forciertem sozialistischen Aufbau hinaus, hatte aber – von der DDR-Bevölkerung richtig als Phänomen der Schwäche des Regimes gewertet – in den Augen der SED zum Ausbruch der Volkserhebung beigetragen. Der 17. Juni bestätigte, dass eine politische Liberalisierung in der DDR geboten war, erhärtete aber gleichzeitig die Erkenntnis, nach der eine solche das System insgesamt in Frage stellen musste.

Dieses eigenartige Spannungsverhältnis wurde in der unmittelbaren Folge des 17. Juni dergestalt aufgelöst, dass die Aufgabe, die Gesellschaft der DDR wieder in ein ordnungspolitisches Gleichgewicht zu bringen, auf althergebrachte administrative Weise in Angriff genommen wurde und politische Reformunfähigkeit zum Zukunftsprogramm geriet. Allerdings konnte auf die stabilisierenden, beruhigenden Effekte des „Neuen Kurses“ nicht verzichtet werden. In den Monaten nach dem Volksaufstand bemühte man sich, einen Modus zu finden, der eine harte Bestrafung von „Rädelsführern“ ermöglichte, aber gleichzeitig „irreführte Mitläufer“ eher „milde“ behandelte.

Sicherungsmaßnahmen

Ganz offensichtlich hatte die Volkserhebung wesentlich zur Festschreibung der sowjetischen

Extrem fallen können.“ Schreiben Rudolf Appelts an Staatssekretär Ackermann, 1. 8. 1953, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (PA AA/MfAA), A 15523, Bl. 17.

Deutschlandpolitik beigetragen. Hatte es nach Stalins Tod in Moskau noch Diskussionen darüber gegeben, ob die DDR gehalten oder unter bestimmten Bedingungen aufgegeben werden sollte, setzte sich nun jene Fraktion durch, die an deren Fortbestand im sowjetisch determinierten Block festhielt. Daraus ergab sich, dass die Sowjetunion ihre Rolle als Garantmacht überdenken und beginnen musste, die DDR zügig zu stabilisieren. Einerseits wurden Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft verkündet, andererseits führten vor allem die Unzulänglichkeiten der bewaffneten Organe der DDR und das Misstrauen der Sowjets gegenüber der Zuverlässigkeit der Kasernierten Volkspolizei (KVP) umgehend zu Sicherungsmaßnahmen. Die sowjetische Direktive, nach der für alle wichtigen volkswirtschaftlichen Objekte „ein sicherer Schutz aus geprüften und politisch der demokratischen Ordnung ergebenden Personen“ zu organisieren und die Standorte der Volkspolizei so zu wählen seien, „dass die Einheiten (. . .) in einigen Minuten an volkswirtschaftlich wichtigen Objekten eintreffen können“,⁶ war einerseits der Startschuss für die Schaffung von „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, andererseits für personelle Aufstokkungen, technische Reformen und soziale Verbesserungen im ostdeutschen Polizeibereich. Es entstanden detaillierte Einsatz- und Alarmpläne für den Fall eines neuen „17. Juni“.

Im Weiteren konstituierten sich „die bis 1989 fortexistierenden Einsatzstäbe in den Bezirken aus führenden Funktionären der SED, der Armee, des MfS und der Polizei“.⁷ Sowjetische Anordnungen zum Abhören von Telefongesprächen, zur „Zensur und Überprüfung des Schriftwechsels aus Westdeutschland und Westberlin“ und zur Einrichtung neuer Störsender richteten sich zwar nach innen, verwiesen aber darauf, dass die sowjetischen Organe die eigene These von der von außen ins Land getragenen „Konterrevolution“ verinnerlicht hatten. Die Bauarbeiter blieben Gegenstand besonderer Besorgnis. Die Sowjets warnten die SED davor, der Bevölkerung soziale Versprechungen zu machen; denn bei einer Nichteinlösung könnte das zu neuen Unruhen führen.⁸

Die Volkserhebung engte die ohnehin schmalen operativen Handlungsräume der SED gegenüber

6 Zit. nach Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Berlin 2001, S. 273.

7 Torsten Diedrich, *Putschversuch – Volksaufstand – Arbeitererhebung? Neues über den 17. Juni 1953 in der DDR*, in: *Das unverständene Menetekel – Der 17. Juni 1953, Materialien einer Tagung*, hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Potsdam 1993, S. 34.

8 Vgl. M. Lemke (Anm. 6), S. 273.

der Sowjetunion unmittelbar weiter ein. Die Erhebung als Ausdruck einer zugespitzten Sowjetisierungskrise löste paradoxerweise einen Sowjetisierungsschub aus. So wurde die Übertragung sowjetischer Formen innerbetrieblichen Lebens, insbesondere des sozialistischen Wettbewerbs, beschleunigt und im Staatsapparat das sowjetische Nomenklaturmodell zügig durchgesetzt.⁹ Diese Entwicklung war von der SED zwar insofern gewünscht, als sie die Diktatur absichern half, verstärkte aber auch deren „alltägliche“ Abhängigkeit von der Hegemonialmacht. Umgekehrt wurde die UdSSR von der ostdeutschen Führung zu verstärkten Warenlieferungen, vor allem Lebensmitteln, genötigt, um neue Spannungen zu verhindern.¹⁰ Die Volkserhebung trug dazu bei, die Lebensmittelversorgung noch stärker als strategische Frage der Herrschaftssicherung zu betrachten.

Deutschlandpolitische Effekte und Konsequenzen

Der 17. Juni führte nicht nur zu einer „Inneren“¹¹ bzw. „zweiten“¹² Staatsgründung, sondern auch zur außen- und deutschlandpolitischen Neubestimmung der DDR; das war nicht zuletzt eine Konsequenz aus der sowjetischen Entscheidung, deren separatstaatlichen sozialistischen Weg fortzusetzen und völkerrechtlich abzusichern. Vor allem aber bedeutete der Volksaufstand das Ende der DDR, wie sie 1949 konzipiert worden war. Zum einen war sie als Provisorium perdu, zum anderen hatte sie ihren politisch-moralischen Anspruch als Alternative zur Bundesrepublik und als Modell für deren „antifaschistisch-demokratische“ Umgestaltung verloren. Die ursprüngliche Konzeption, die deutsche Einheit über den Mechanismus einer

9 Vgl. ebd., S. 285, und ders., Deutschlandpolitik zwischen Sowjetisierung und Verwestlichung, in: Konrad Jarausch/Hannes Sigrüst (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/M.–New York 1997, S. 109 f.

10 Vgl. beispielsweise das Schreiben des ZK der SED an Chruschtschow und Ministerpräsident Bulganin, 19. 5. 1956, SAPMO-BArch, Zentrales Parteiarchiv (DY 30), J IV 2/202/39, Bd. 1.

11 Vgl. Armin Mitter, Die „Innere Staatsgründung“, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X. – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1996², S. 26 f.

12 Vgl. Manfred Wilke/Tobias Voigt, „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953, in: Andreas B. Hegeß/Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod, Berlin 2000, S. 134.

gesamtdeutschen Volksfront und durch den „Magnetismus“ der DDR herzustellen, war gescheitert. Spätestens am 17. Juni dürfte jedem im Politbüro klar geworden sein, dass die Grundbedingung für eine Wiedervereinigung nach ostdeutschem Bilde, die Akzeptanz der Bevölkerung der DDR für die Politik der SED, nicht erreicht worden war und in absehbarer Zukunft auch nicht zu erreichen sein würde. Der 17. Juni stellte also indirekt einen Sieg des parlamentarisch-marktwirtschaftlichen Weges der Bundesrepublik dar, die 1953 für viele Menschen in der DDR zwar nicht als Ideal, aber doch als lebenswertere Alternative angesehen wurde. So wurde der Aufstand zur gesamtdeutschen Erfahrung: Die SED scheiterte nicht nur in der DDR, sondern im zweigeteilten Deutschland. In ihrem Urteil Schwankende sahen in der DDR nun das, was sie war: eine Diktatur. Die östliche infiltrative und missionarische Westpolitik erlitt einen schweren Rückschlag.¹³

Für die Anerkennungspolitik der SED wirkte die Volkserhebung insofern fatal, als der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch eine weitere Dimension erhielt. Hatte Bonn die Verweigerung offizieller Kontakte zur DDR bislang mit der fehlenden Legitimation der SED begründet, so argumentierte Bundeskanzler Konrad Adenauer nun auch moralisch: Die Bevölkerung der Ostzone habe der SED am 17. Juni jedes Vertretungsrecht abgesprochen. Also vollziehe die Bundesregierung mit ihrer Gesprächsverweigerung nichts anderes als das Votum der Ostdeutschen. Ein Abgehen vom Alleinvertretungsanspruch wäre „eine Beleidigung der zahllosen Opfer an Leben und Freiheit“ und „Verrat“ an den „Zonenbewohnern“.¹⁴ Wenngleich die Volkserhebung von der Bundesregierung (und den Westmächten) weder gewünscht noch vorbereitet, provoziert oder unterstützt worden war, nutzten diese ihre Ergebnisse im internationalen Kalten Krieg und im deutschem Sonderkonflikt für sich. Der 17. Juni schuf ein zentrales Argument gegen den Kommunismus, das nicht zuletzt durch den „Tag der deutschen Einheit“ und die damit verbundene Inszenierung des Gedenkens in die DDR hineinwirkte.

Wirkungen bis zum Mauerbau

Das Politbüro der SED und die Regierung der DDR handelten fortan unter verstärktem innenpo-

13 Vgl. M. Lemke (Anm. 6), S. 278 f.

14 Vgl. Erklärung Adenauers: „Meine lieben Landsleute in Ostberlin und in der Sowjetzone“, 4.9.1953, RIAS Berlin.

litischen Legitimationsdruck, der insbesondere von der Entwicklung der „Republikflucht“ mit bestimmt wurde. Zwar ging eine Reihe von aktiven Teilnehmern der Juni-Erhebung aus Angst vor Strafen und Repressionen in den Westen, was für die Partei eine erwünschte Minderung des Oppositionspotenzials bedeutete. Doch hatte der 17. Juni das Politbüro gelehrt, dass nur die Erhöhung des Lebensstandards, vor allem die Lösung der Lebensmittelfrage, massenhafter Unzufriedenheit und dem Exodus der Bevölkerung vorbeugen konnte.

Welchen politischen Zündstoff die Versorgungsfrage im Kalten Krieg besaß, erfuhr die SED wenige Wochen nach dem 17. Juni, als die USA und die Bundesrepublik von West-Berlin aus eine risikoreiche Lebensmittelhilfe für die ostdeutsche Bevölkerung organisierten und die sich zuspitzende Ost-West-Konfrontation¹⁵ die Gefahr neuer Unruhen in der DDR heraufbeschwor. Dieser Testfall für die Stabilität des Regimes war von der SED mit sowjetischer Hilfe durchgestanden worden, hatte aber gezeigt, dass der Widerstandswille der Bevölkerung keineswegs gebrochen war. Massiver Legitimationsdruck ging zudem vom Kampf der SED gegen die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnisystem aus. Denn indirekt zwang der 17. Juni die Partei noch stärker dazu, sich als die wahre Interessensvertreterin der Nation zu präsentieren, wenn sie schon nicht auf überzeugende innen- und wirtschaftspolitische Leistungen verweisen konnte und außenpolitisch isoliert blieb. Sehr schnell zeigte sich bei der SED die Tendenz, die Volkerhebung und ihre unmittelbaren Folgen zu verdrängen. Vor allem in den internationalen und in den Bündnisbeziehungen sollte der fatale Tag nicht erwähnt werden, wie Grotewohl anordnete.¹⁶ Das Aufstandssyndrom nahm groteske Formen an, als der DDR-Verkehrsminister angewiesen wurde, mit den westdeutschen Stellen die Anzahl der Eisenbahnzüge im Interzonenverkehr für Ostern und Pfingsten 1956 selbstständig zu vereinbaren, „die Zahl 17“ aber „in jedem Fall zu verhindern“.¹⁷

15 Vgl. Christian F. Ostermann, „Die beste Chance für ein Rollback“? Amerikanische Politik und 17. Juni 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u. a. 1999, S. 115–139, und Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u. a. 2002, S. 486–493.

16 Vgl. Notiz Grotewohls zur „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“, 29. 11.–4. 12. 1954, SAPMO-BArch, NY 4090/460, Bl. 239.

17 Vgl. Beschluss des Politbüros, Protokoll 9/56, 13. 3. 1956, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/463, Bl. 8.

Intellektuelle Opposition und studentische Revolte 1956

Im Verlauf des Jahres 1955 schien sich die Lage in der DDR zu stabilisieren. Einerseits begann sich die Wirtschaft langsam zu erholen, andererseits verschafften die Verkündung der sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie und die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt der SED ein gewisses Sicherheitsgefühl. Gleichzeitig trugen seit Mitte 1953 soziale Maßnahmen wie die Erhöhung von Löhnen und Renten sowie Preissenkungen und die Erweiterung der Konsum- und Nahrungsgüterproduktion zur Beruhigung der Arbeiterschaft bei. In der Tat hatten die Maßnahmen des „Neuen Kurses“ durch eine relative Verbesserung der Lebenslage Anteil am allmählichen Verblässen der Aufstandsbilder. Eine dauerhafte Beruhigung wurde jedoch dadurch in Frage gestellt, dass die politischen Strukturen des Stalinismus in der DDR fortbestanden und sich das Problem einer Entstalinisierung der Gesellschaft in allen Staaten des Ostblocks stellte.

So waren die Ereignisse des Jahres 1956 in Blockprozesse eingebettet, die ähnlich gelagert waren, aber von nationalen Besonderheiten bestimmt wurden. Für ihre Intensität war von Bedeutung, dass sie im Zentrum des Systems, in Moskau, mit dem XX. Parteitag der KPdSU und einer Kritik am Personenkult um Stalin begannen und ansatzweise die ideologischen Grundlagen für eine Entstalinisierung der Herrschaft und eine Liberalisierung der Machtausübung schufen. Dies ging einher mit neuen Ideen zur Entschärfung des Kalten Krieges. Er sollte vor allem durch das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ von einer vorrangig konfrontativen in eine nichtmilitante Systemkonkurrenz verwandelt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des sozialistischen Lagers zu erhöhen. Abgesehen davon, dass sich das Politbüro gegen dieses Prinzip im Verhältnis zur Bundesrepublik sperrte, weil es Einflussmöglichkeiten des Nachbarn auf die DDR und das Ende ihrer „einmischenden“ Westarbeit in der Bundesrepublik befürchtete,¹⁸ gingen ihm die Liberalisierungstendenzen gegen den Strich. Zwar stimmte Walter Ulbricht einer kontrollierten Rehabilitierung von Funktionären zu, die im Umfeld des 17. Juni Parteistrafen erhalten hatten (u. a. Anton Ackermann, Elli Schmidt, Hans Jendretzky), aber die Erfahrung des Volksaufstandes stand im Hintergrund,

18 Vgl. M. Lemke (Anm. 6), S. 275–379.

wenn er jede Liberalisierung konsequent verweigerte und ihre intellektuellen Befürworter Repressionen aussetzte. Der antistalinistische Arbeiteraufstand in Polen (Posen) und vor allem die ungarische Revolution im Herbst 1956 schienen ihm im Sinne der Systemerhaltung Recht zu geben. Sie trugen zum Abbruch des Experiments Entstalinisierung durch die verunsicherte sowjetische Führung bei und bewahrten Ulbricht möglicherweise vor dem Verlust seiner beherrschenden Position in Partei und Staat.

Es waren 1956/57 parteinahe Intellektuelle, die für Reformen zur Überwindung des Stalinismus in der DDR und damit gegen Ulbricht als dessen wichtigsten Repräsentanten auftraten. Von diesem als „Revisionisten“ bezeichnet, ging es ihnen im Unterschied zu den Aufständischen des 17. Juni nicht um eine Entmachtung der SED und die Beendigung des sozialistischen Weges, sondern um einen „menschlichen“ Sozialismus. Sie lehnten den Kapitalismus ab und entwickelten Programme zur „Reinigung“ der Lehren von Marx und Lenin von stalinistischen Verfälschungen und zur Dezentralisierung und Demokratisierung der Wirtschaft.¹⁹ Wenngleich auch für sie der Volksaufstand eine prägende Erfahrung gewesen war, wiesen sie diese Form des Widerstandes in der Regel von sich. Im Übrigen waren viele von den Bildern der Gewalt auf beiden Seiten schockiert und glaubten der SED-Legende vom „faschistischen“ Putsch, denn „zerrissene rote Fahnen und Transparente, demolierte Parteibüros, brennende Aufklärungsplakate“ weckten gerade bei bekannten Schriftstellern „traumatische Erinnerungen“ an die ersten Monate der NS-Zeit.²⁰

Für die SED-Führung ebenfalls brisant war die sich an den Universitäten und Hochschulen 1956/57 unter dem Eindruck des Entstalinisierungsdiskurses entwickelnde studentische Opposition. Antistalinistisch ausgerichtet, trafen sich ihre Forderungen mit denen reformorientierter SED-Wissenschaftler: Beseitigung der Vorherrschaft des dialektischen Materialismus über die Fachwissenschaft und die Durchsetzung „des Rechts auf freie Diskussion ohne Furcht vor Zwangsmaßnahmen“.²¹

Doch die Forderungen der Studenten gingen bald über die der SED-internen Opposition hinaus. Eine Analyse des Ministeriums für Staatssicher-

heit (MfS) vom 28. Oktober 1956 hielt fest, dass sich an fast allen Hochschulen Versuche zeigten, „die Auseinandersetzungen in den Volksrepubliken Polen und Ungarn für Forderungen an die Führung der SED und den Staat auszunutzen“. Man verlange „Änderungen im Hochschulbetrieb, nämlich vor allem die Gründung einer unabhängigen Studentenorganisation, Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen, Abschaffung des obligatorischen gesellschaftlichen Grundstudiums und des Unterrichts in der russischen Sprache“. Im Übrigen würden die Studenten die Berichterstattung der „demokratischen Presse“ und verstärkt das Führungskollektiv der SED, besonders Ulbricht, angreifen, „dessen Rücktritt wiederholt gefordert wird“.²² Auch die Rezeption der Westpresse und der „Meldungen des RIAS“ durch die aufbegehrenden Studenten erinnerte an Abläufe und Verhaltensweisen im Umfeld des 17. Juni. Diese Ähnlichkeit war nur teilweise zufällig. Denn verschiedentlich wurde wie zwei Jahre zuvor nicht nur die Ablösung der Machthaber, sondern auch die Einheit Deutschlands verlangt.²³ Sieht man von radikalen Ausnahmen ab, so offenbarten sich in der Diktion studentischer Wandzeitungen und in den „wilden“ Versammlungen Anfang November 1956 in der Humboldt-Universität, aber auch in den spontanen Demonstrationen der Jungakademiker nicht nur der Geist, sondern auch inhaltliche und organisatorische Parallelen zu den Aktionen im Juni 1953. So sahen es auch die SED und ihre Sicherheitskräfte, die mit repressiven, aber auch mit verfeinerten – vor allem geheimdienstlichen – Methoden reagierten und bewiesen, dass sie aus dem Volksaufstand taktische Lehren gezogen hatten.

Arbeiterprotest

Im Unterschied zu den oppositionellen Intellektuellen und den aufmüpfigen Studenten und im Gegensatz zu ihrem Verhalten am 17. Juni 1953 blieben die Arbeiter insgesamt ruhig und zählten nicht zu den Initiatoren spektakulärer Aktionen. Als Ursachen dafür sind eine Reihe von sozialen Verbesserungen wie Lohnerhöhungen, Preissenkungen und Arbeitszeitverkürzungen, aber auch

19 Vgl. Hermann Weber, *Kleine Geschichte der DDR*, Köln 1980, S. 90.

20 Jochen Czerny, *Altes und Neues über den 17. Juni 1953*, in: *Das unverstandene Menetekel* (Anm. 7), S. 58.

21 H. Weber (Anm. 19), S. 90.

22 A. Mitter/S. Wolle (Anm. 2), S. 265 f.

23 In einem Extremfall an der Humboldt-Universität wurde dazu aufgerufen, sie mit der Waffe in der Hand zu erkämpfen: „Zieht die Lehren aus dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Die Masse der Bevölkerung wartet nur auf eine Initiative von oben.“ Zit. nach ebd., S. 264.

politische Versprechen zu nennen²⁴ sowie ein von der SED-Führung nicht ungerne gesehenes „proletarisches“ Unverständnis sowohl für die theoretisierenden Intellektuellen als auch für rebellierende Studenten. Ein wichtiger Grund für die Zurückhaltung lag auch in dem Umstand, dass die Arbeiter unter den Ereignissen des 17. Juni und seinen Folgen am meisten gelitten hatten und einen neuen, kaum aussichts-, sicher aber opferreichen Versuch vernünftigerweise scheuten.

Doch bedeutete das keineswegs Abstinenz von jeglicher Opposition. Das MfS berichtete von Streiks und Streikdrohungen, die sich seit Mitte Oktober 1956 häuften. Versucht man, ihren Anlass zu bestimmen, fallen lohnpolitische Ursachen auf; es gewannen aber auch die Umbrüche in Polen und Ungarn und – weniger stark – die studentischen Unruhen in Berlin an Gewicht. Territorial hatten die Streiks ihr Zentrum in Magdeburg, einer Hochburg des Aufstandes vom 17. Juni; kleinere, meist spontane Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Regionen folgten.²⁵ Offenbar war es die allgemein kritische Stimmung unter den Arbeitern und eine wache, aber undifferenzierte Erinnerung an den 17. Juni,²⁶ die der SED mehr Anlass zur Sorge gaben als die tatsächliche Gefahr eines neuen Volksaufstandes. Augenscheinlich spielte das Aufstandssyndrom in Verbindung mit der Wahrnehmung einer äußeren Bedrohung eine Rolle, wenn das Politbüro im November 1956 drakonische „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“²⁷ beschloss: im Kern ein Bürgerkriegsprogramm.

Der 17. Juni 1953 war der SED im Herbst 1956 allgegenwärtig. Allerdings standen in der Perception nicht die Arbeiter, sondern die oppositionellen Intellektuellen sowohl in der DDR als auch in Polen und Ungarn im Vordergrund. Deren Reformvorstellungen seien laut Grotewohl „in voller Breite auf uns monatelang gerichtet gewesen. In offenen Ratschlägen und unterirdisch durch Wählerarbeit (. . .). Der Ausgangspunkt in

Polen ist der Aufstand in Poznan (. . .) gewesen. Aber der Ausgangspunkt für uns ist der 17. Juni 1953. Und seit dem 17. Juni 1953 haben wir viel gelernt, und gebranntes Kind scheut das Feuer.“²⁸ Auch von der Sowjetunion wurde die SED an das Ereignis erinnert. Als sie Ende 1957 den Kampf gegen die evangelische Kirche verschärfte, ließ der stellvertretende sowjetische Außenminister Walerjan Sorin seine Besorgnis auf subtile Weise anklingen: Ein namhafter Bischof habe intern erklärt, dass, „wenn von Seiten der Regierung der DDR keine Maßnahmen ergriffen würden, um eine Entspannung herbeizuführen, eine ähnliche Lage entstehen könnte wie vor dem 17. Juni 1953“.²⁹

Spätfolgen bis zum Mauerfall

Mit dem Mauerbau 1961, der auch eine Spätfolge des Volksaufstands vom Juni 1953 gewesen war, begannen sich die meisten Menschen in der DDR mit „ihrem“ Staat zu arrangieren. Der fortschreitende zeitliche Abstand, ein steigender Lebensstandard, der wichtige wirtschaftliche und soziale Ursachen des Volksaufstandes ausräumte oder vergessen machte, sowie die kaum mehr reale Perspektive der deutschen Einheit ließen die Erinnerungen allmählich verblassen. Immer mehr schien es, als würden die Bürger der DDR den in der Bundesrepublik als Gedenktag begangenen 17. Juni als Ereignis mehr der west- als der ostdeutschen Geschichte betrachten. Dazu trug bei, dass westliche Medien ihn häufig zu „einem Heldenepos erhoben“,³⁰ der er in der Erinnerung vieler DDR-Bürger nicht war. Den westlichen Fernsehübertragungen des offiziellen Gedenkens mangelte es zunehmend an ostdeutschen Einschaltquoten. Zwar blieben für diejenigen, die den Aufstand unmittelbar erlebt hatten, unterschiedlich deutliche Erlebnissbilder erhalten, aber sie beeinflussten sie deren Alltag ebenso wenig wie den der jungen Generationen, die vom 17. Juni nur noch aus der Überlieferung wussten. Berichte und Erzählungen im Familien- oder Freundeskreis, in Gruppen sowie gelegentlich auch am „Stammtisch“ und „unter der Hand“ verbreitete Meinungen haben immer eine Rolle gespielt. Da

24 So wurde den Arbeitern eine dauerhafte Mitbestimmung in Form von „Arbeiterkomitees“ versprochen, die ihre Arbeit jedoch bereits 1958 wieder einstellen mussten. Vgl. H. Weber (Anm. 19), S. 90.

25 Vgl. A. Mitter/S. Wolle (Anm. 2), S. 254 f.

26 Mitter und Wolle weisen anhand von MfS-Berichten nach, dass einige streikende oder in anderer Form protestierende Arbeiter den 17. Juni offen mit der aktuellen Situation verglichen – sei es in Erwartung neuer Unruhen oder einfach, um „gegen den Stachel zu löcken“; vgl. ebd.

27 Das Dokument wurde erstmals abgedruckt in: Joachim Krüger, Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluss des SED-Politbüros vom November 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1992) 4, S. 81–86.

28 Besprechung Grotewohls mit den Leitern der Auslandsvertretungen, 21.-24.1.1957, PA AA/MfAA, A 15472, Bl. 32–34.

29 Aktenvermerk vom 31.12.1957 von Botschafter Johannes König über ein Gespräch mit Sorin am 30.12.1957, ebd., A 147, Bl. 2.

30 Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 207.

das Thema zwar nicht erwünscht, aber auch nicht prinzipiell verboten war, waren kritische Bemerkungen am Verhalten der SED im Rahmen „positiver“ Diskussionen zumindest in der Zeit nach der Entmachtung Ulbrichts durchaus möglich. Zudem gaben in der DDR publizierte schriftstellerische Arbeiten – etwa Bertolt Brechts kritische Anmerkungen zum 17. Juni – Anlass für dessen „legale“ Thematisierung.³¹ So blieb auch die Auseinandersetzung Stefan Heyms mit der SED um seinen Roman „Fünf Tage im Juni“ nicht im Verborgenen.

Die politische Marginalisierung des Datums – teils aus schwindendem Interesse, teils als Ergebnis disziplinierten Schweigens – fand seine Entsprechung im SED-obrigkeitlichen Verdrängungsprozess, der aber keineswegs erinnerungslos verlief. Die Verdrängung war einerseits instrumentell, insofern nichts an den „Betriebsunfall“ der DDR erinnern und den sozialistischen Aufbau behindern durfte. Andererseits wurzelte der Volksaufstand im kollektiven Bewusstsein der SED-Führung als Trauma und Versagenssyndrom sowie als ständig aktualisierbare „Lehre“.

Maßgeblich für die Darstellung des Volksaufstandes in der offiziellen Geschichtsdeutung war die 1966 erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Zwar wurde die bis dahin geltende Ursachenbeschreibung im Wesentlichen beibehalten, aber die Behauptung, es habe sich um einen „faschistischen“ Putsch bzw. Putschversuch gehandelt, zugunsten der Definition als „konterrevolutionärer Putsch“ zurückgenommen.³² Eine Interpretation, welche die Schwächen des Systems anklingen ließ („schwierige Situation“ der DDR, „negative Erscheinungen“ in der Wirtschaft und bei der Machtausübung, „falsche Thesen Stalins“), aber prinzipielle Fehler der SED bestritt, wurde wie eh und je von der These äußerer konterrevolutionärer Einflüsse, feindlicher „Verschwörungen“ und Umsturzpläne gestützt. Im „Abriß der Geschichte der SED“ 1978 blieb dieses Muster erhalten, doch wurde aus dem „konterrevolutionären Putsch“ nun ein „konterrevolutionärer Putschversuch“.³³ Diese Bezeichnung wurde

31 Vgl. Rainer Eppelmann, Eröffnung der 42. Sitzung, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. WP), Bd. II,2, Baden-Baden–Frankfurt/M. 1995, S. 752.

32 Vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Von einem Autorenkollektiv unter Vorsitz von Walter Ulbricht, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 7, Von 1949–1955, Berlin (Ost) 1966, S. 232.

33 Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin (Ost) 1978, S. 294 f.

zum Standard, wenngleich in verschiedenen Darstellungen „faschistische Putschisten“ (wie in Halle) auftauchten.³⁴ Die offizielle Lesart setzte sich im „Lehrbuch Geschichte“ (10. Klasse) fort, das schülergerecht Beispiele für das Wüten einer Konterrevolution bot,³⁵ die nicht stattgefunden hatte. Sie fand sich auch in verschiedenen Betriebsgeschichten wieder.³⁶ Zur Kontinuität der Darstellung gehörte die Aussage, dass die meisten Werktätigen 1953 treu zur Partei gestanden und dem Putsch mit Hilfe der Sowjetarmee und dank des mutigen Einsatzes der Volkspolizei eine Abfuhr erteilt hätten.

Das Trauma

Doch gerade die Kader der Kasernierten Volkspolizei, die sich „trotz aller aufgetretenen Probleme als funktionierendes Machtinstrument des herrschenden SED-Regimes“ erwiesen und nach dem Aufstand weitere politische und soziale Privilegien erhalten hatten,³⁷ wurden bei Beförderungen oder der Übernahme wichtiger Funktionen noch jahrelang darüber befragt, wo sie sich am 17. Juni befanden und was sie gegen die „Provokateure“ getan hätten. Noch größere Aufmerksamkeit widmete die SED den Bauarbeitern, die ja zu den Initiatoren der Erhebung gezählt hatten. Bis zum Ende der DDR wirkte eine Art „Bauarbeitersyndrom“ nach, das zeitweilig skurrile, manchmal quasikulturelle Formen hervorbrachte.

Auch in der rigorosen Position, die das Politbüro gegenüber den Demokratisierungsversuchen in der CSSR 1968 und der Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980 einnahm, wirkte das Trauma des 17. Juni nach. Zwar lässt sich ein Erinnern an den Volksaufstand bei den jugendlichen Protestierern in der DDR anlässlich des Einmarsches des Warschauer Paktes in die CSSR kaum feststellen. Aber Erich Honecker berief sich explizit auf ihn,

34 Vgl. Geschichte der Deutschen Volkspolizei 1945–1961, Bd. 1, hrsg. vom Ministerium des Innern, Kommission zur Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte der Volkspolizei, Berlin (Ost) 1987², S. 233.

35 Vgl. Geschichte, Lehrbuch für Klasse 10, Teil 1, Autorenkollektiv unter Leitung von Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1971, S. 149, 169 f.

36 Vgl. Dagmar Semmelmann, „Schauplatz Stalinstadt/EKO“. Erinnerungen an den 17. Juni 1953, hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Potsdam 1993, S. 9 f.

37 Torsten Diedrich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 2003, S. 201.

als er zu harten Maßnahmen gegen die polnische „Konterrevolution“ riet,³⁸ während bei großen Teilen der Bevölkerung eine latente bis offene Ablehnung des Solidarnosc-Kurses zutage trat – vermutlich ein Ergebnis der von der SED geschürten antipolnischen Stimmung.

Im Vorfeld des Zusammenbruchs der DDR ortete die SED-Führung und insbesondere ihr Generalsekretär zwei Ursachen für die akute Systemkrise: „konterrevolutionäre Tätigkeit“ und „bestimmte Kreise“ in der Bundesrepublik.³⁹ Damit lag er in der seit dem Volksaufstand tradierten Argumentationslinie.

Das Trauma 17. Juni wurde beredt, als Staatssicherheitsminister Erich Mielke seine Generale im August 1989 beunruhigt fragte, ob es so sei, „dass morgen der 17. Juni ausbricht“,⁴⁰ und die „Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des MfS am 8. Oktober dem Politbüro mitteilte, die DDR befinde sich in „einer Situation wie kurz vor den konterrevolutionären Ereignissen am 17. 6. 1953“.⁴¹ Noch unmittelbar vor seinem Sturz beschwor Honecker „die Erfolge bei der Niederschlagung der ‚Konterrevolution‘ 1953“,⁴² diesmal freilich in der Absicht, den Einsatz militärischer Mittel gegen Volksunruhen zu legitimieren.

Die Krise und das Ende der DDR bewirkten bei vielen Bürgerinnen und Bürgern eine Mobilisie-

38 „Wir sind nicht für Blutvergießen. Das ist das letzte Mittel. Aber auch dieses Mittel muß angewandt werden, wenn die Arbeiter- und Bauern-Macht verteidigt werden muß. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahre 1953, das zeigen die Ereignisse 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei.“ Zit. nach: Michael Kubina/Manfred Wilke (Hrsg.), *Hart und kompromißlos durchgreifen. Die SED kontra Polen 1980/81*, Berlin 1995, S. 111.

39 Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1999, S. 110 f.

40 Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *„Ich liebe euch doch alle!“*, Berlin 1990, S. 125.

41 Zit. nach H.-H. Hertle (Anm. 39), S. 117 f.

42 Vgl. ebd., S. 121.

rung der Erinnerung an den Volksaufstand. Eine Befragung von SED-Mitgliedern 1988/89 – eine Zeit einsetzender akuter Krisensymptome und der Zweifel an der Staatsführung – erbrachte, dass sich die meisten mit der parteioffiziellen Interpretation des 17. Juni identifizierten.⁴³ Dagegen erinnerten sich viele Ostdeutsche des Ereignisses offenbar nur insofern, als damit die noch offene Frage verbunden war, ob sich die Sowjets in der aktuellen Situation so wie 1953 verhalten würden. Auch war die am 17. Juni wiederbelebte spezifische Streik- und Protestkultur der Arbeiter beim demokratischen Umbruch im Herbst 1989 „mangels Übung (. . .) kaum mehr vorhanden“.⁴⁴

Resümee

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und seine (Spät-)Folgen haben Gesellschaft und Politik der DDR erheblich beeinflusst. Die Erinnerung an ihn war in der SED und ihren Apparaten aus Gründen des Machterhaltes stärker als in der Bevölkerung, wo sie nie ganz verschwand, aber doch tendenziell abnahm.

Die Volkserhebung stellt zweifellos ein „singuläres Ereignis in der Geschichte der DDR“ (Stefan Wolle) dar. Doch fragt es sich, ob es dies nicht auch für die Bundesrepublik bzw. die gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte im Kalten Krieg war. Dafür sprechen u. a. die direkt oder mittelbar auf den 17. Juni bezogenen deutschen Interaktionen, gesellschaftlichen Diskurse und die unterschiedlichen und doch gemeinsamen Erinnerungen der Zeitzeugen.

43 Vgl. D. Semmelmann (Anm. 36), S. 5.

44 Hermann Wentker, *Arbeitieraufstand, Revolution? 1953 und 1989 im Vergleich*, in: *Deutschland Archiv*, 34 (2001) 3, S. 391.

Der Juni-Aufstand und die Deutschlandpolitik der Westalliierten

Die Westalliierten wurden vom Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und anderen Städten der DDR überrascht. Zwar waren die politischen und wirtschaftlichen Probleme der DDR den Westmächten gut bekannt, doch erwarteten sie keine derartigen Massenproteste, die rasch zum Volksaufstand anwachsen sollten.

Die Meinungen über die Spontaneität der Demonstrationen waren geteilt. Paris neigte dazu, die Hand Moskaus zu erkennen, und vermutete einen sowjetischen Versuch, „die orthodox-kommunistische Regierung Ulbricht durch eine flexiblere, für die sowjetischen Spannungsbemühungen geeignetere ostdeutsche Führung ersetzen zu können“. Diese Meinung wurde zunächst auch von der Bundesregierung geteilt. London dagegen schrieb den Grund für die Unzufriedenheit der Arbeiter direkt der Politik der SED zu: Die von der Staatspartei hastig eingeleiteten politischen und wirtschaftlichen Zugeständnisse kamen zu spät, um die Proteste noch zu verhindern.¹ Insofern schien Großbritannien eher bereit, den Aufstand als innere Angelegenheit der DDR und nicht etwa als Wendepunkt im Ost-West-Verhältnis einzustufen. Den Amerikanern wiederum, die in den Monaten vor dem 17. Juni sowohl vom britischen Premierminister Winston Churchill als auch von der sowjetischen Führung dazu aufgefordert worden waren, an einer Gipfelkonferenz teilzunehmen, bei der eine mögliche Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands auf der Tagesordnung stehen sollte, lieferte der Aufstand ein überzeugendes Argument dafür, auf ihrem bisherigen deutschlandpolitischen Standpunkt zu beharren. Denn „wie konnte Churchill annehmen, man könne sich mit einer Regierung an den Verhandlungstisch begeben und den Gesprächspartnern Vertrauen entgegenbringen, deren Politik gerade Dutzende von Menschen in Ostdeutschland das Leben gekostet hatte und die sich verzweifelt bemühte, gegen den Willen der Bevölke-

rung ein inkompetentes und verhaßtes Regime an der Macht zu halten?“²

Diese unmittelbaren Reaktionen auf die Streiks und Demonstrationen in der DDR sind auf die von den Westalliierten geteilte Unsicherheit über die sowjetischen Absichten zurückzuführen. Die Ungewissheit hatte sich nach Stalins Tod im März 1953 noch verstärkt; sie hatte ihren Ursprung in den so genannten Stalin-Noten des Jahres 1952. In der ersten Note vom 10. März 1952 forderte „die sowjetische Regierung [die Westalliierten, M.H.] zum baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland“³ auf. Die Prinzipien einer möglichen Gipfelkonferenz erläuternd, hieß es in der Note, „Deutschland sollte wiedervereinigt und unabhängig werden, sogar im begrenzten Rahmen eine nationale Armee unterhalten dürfen, sich jedoch zur strikten Neutralität verpflichten“.⁴

Stalins „Wiedervereinigungsangebot“ war zu einer Zeit erfolgt, als der Westen sich mit der militärischen Integration der Bundesrepublik im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beschäftigte. Unter diesem Gesichtspunkt musste Stalins Note bei den Alliierten als Störmanöver und als Verzögerungstaktik wirken, deren Ziel es war, die Unterzeichnung des EVG-Vertrages zu verhindern. Doch zugleich war es aus westlicher Sicht undenkbar, das Angebot eines wiedervereinigten Deutschlands schlichtweg von der Hand zu weisen. Ebenso undenkbar war es jedoch, die Verhandlungen über den EVG-Vertrag zu unterbrechen. So verfolgten die Alliierten eine

2 Klaus Larres, Neutralisierung oder Westintegration? Churchill, Adenauer, die USA und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 6, S. 578. Vgl. ders., Politik der Illusionen: Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage, Göttingen 1995, sowie ders., Churchill's Cold War. The Politics of Personal Diplomacy, New Haven-London 2002.

3 Gerhard Wettig, Die Stalin-Note vom 10. März 1952 in der internationalen Politik, in: Falco Werkentin (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 12.

4 Daniel Gossel, Briten, Deutsche und Europa. Die deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945–62, Stuttgart 1999, S. 62.

1 Vgl. Yvonne Kipp, Willkommener Ausbruch ostdeutschen Freiheitsstrebens oder Störfaktor? Der 17. Juni 1953 im Urteil der britischen Regierung, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin 2002, S. 96–97.

Doppelstrategie, welche die Tür zu Gesprächen mit der Sowjetunion offen halten sollte, während zugleich die Arbeit am EVG-Vertrag zügig voranschritt. Dies war umso notwendiger, als nicht riskiert werden konnte, dass das in der zweiten Note vom 9. April 1952 enthaltene sowjetische Angebot von freien gesamtdeutschen Wahlen der parlamentarischen Opposition und der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik so attraktiv erscheinen würde, dass eine Verzögerung erzwungen werden könnte.⁵

Der Tod Stalins änderte den Kontext für Gespräche mit Moskau, denn der Westen glaubte nun, Anzeichen einer Liberalisierung im Kreml zu erkennen, die das Klima für eine Entspannung zwischen Ost und West begünstigen könnte. Diese Meinung wurde hauptsächlich von Churchill vertreten, doch weder von seinen außenpolitischen Beratern im Foreign Office noch von den Amerikanern geteilt. Die großen, miteinander in Konflikt stehenden Themen der Westintegration und der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, einer möglichen Wiedervereinigung und der Neutralisierung Gesamtdeutschlands sowie der Entspannung in Europa bestimmten den Kontext der westlichen Deutschlandpolitik der frühen fünfziger Jahre. Die Reaktionen auf den Volksaufstand in der DDR und die Bewertungen der Ereignisse müssen im Rahmen dieses Themenkomplexes verstanden und analysiert werden.

Im Folgenden soll daher erstens versucht werden, die Grundzüge der westalliierten Deutschlandpolitik in den frühen fünfziger Jahren zu erläutern. Wo lagen für die Westmächte die Prioritäten in ihrer Deutschlandpolitik? Kann man von einer einheitlichen Linie sprechen? Zweitens werden die offiziellen Reaktionen auf den Aufstand im Kontext des Vier-Mächte-Status von Berlin und des Ost-West-Verhältnisses nach Stalins Tod vorgestellt. Welche Möglichkeiten boten sich für eine Veränderung der bisherigen deutschlandpolitischen Strategie, und welche Hindernisse standen dieser im Wege? Drittens soll der Stellenwert der DDR im deutschlandpolitischen Konzept der Westalliierten diskutiert werden. Hat der Aufstand zu einer Lockerung oder zu einer Festigung der ablehnenden westlichen Haltung gegenüber der DDR geführt?

⁵ Vgl. G. Wettig (Anm. 3), S. 15. Vgl. auch Marianne Howarth, Stationen zum Deutschland-Vertrag. Vom Besatzungsstatut zur Erlangung der Souveränität, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Deutschland-Vertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft von 1952, Münster 2003 (i. E.).

Westalliierte Deutschlandpolitik in den frühen fünfziger Jahren

Nach Gründung der beiden deutschen Staaten und im Kontext des Kalten Krieges dominierten zwei Themen die westliche Deutschlandpolitik: die deutsch-französische Aussöhnung und die Sicherheit Westeuropas. Beide Fragen lassen sich – vor allem aus französischer Sicht – auf die Notwendigkeit zurückführen, sich vor dem wirtschaftlichen Potenzial eines wieder aufgebauten Westdeutschlands zu schützen. Ein erster Schritt dazu war der im Mai 1950 vorgelegte Schumanplan, der die Integration der deutschen und französischen Montanindustrien als Basis für eine viel breiter angelegte wirtschaftliche und politische Integration vorsah. Jean Monnet, der Architekt des Schumanplans, konzipierte dieses Projekt als Bestandteil einer protektionistischen Politik, also als Methode, die französische Stahlindustrie vor dem wachsenden Wirtschaftspotenzial der Bundesrepublik zu schützen.

Die Frage einer wirtschaftlichen Integration spielte nicht nur für Frankreich eine wichtige Rolle. Die Westmächte hatten ein enges Interesse an einer deutsch-französischen Zusammenarbeit als Basis für eine friedliche Nachkriegsordnung in diesem Teil Europas und als Mittel, im eigenen Interesse das Risiko weiterer „querelles franco-allemandes“ auf ein Minimum zu reduzieren. Dieses war umso notwendiger, als sowohl Frankreich wie auch Großbritannien außerhalb Europas militärisch engagiert waren und im Falle eines Konflikts auf dem europäischen Kontinent kaum in der Lage gewesen wären, einen großen militärischen Beitrag zu leisten. Die Frage der europäischen Sicherheit hatte Ende der vierziger Jahre noch an Bedeutung gewonnen, als es der Sowjetunion gelang, das Nuklearmonopol der USA zu brechen. Es war klar, dass die Sowjetunion schon bald über Kernwaffen verfügen würde. Vor diesem Hintergrund geriet die Effektivität der westlichen Abschreckungspolitik zur Verteidigung Europas zunehmend in Zweifel.

Zugleich gab es Anzeichen dafür, dass der wissenschaftliche und militärische Fortschritt im Ostblock von einer territorialen Expansion des kommunistischen Einflussbereiches begleitet werden würde. Der Sieg der Kommunisten unter Mao Tse-tung im September 1949 etablierte den Kommunismus in China und in der Folgezeit in anderen ostasiatischen Ländern. Für die Wahrnehmung einer wachsenden kommunistischen Hegemonie in

Ost- und Mitteleuropa lieferten die Entwicklungen in der DDR und in anderen osteuropäischen Staaten den Beweis. Sie waren Anlass, die sowjetischen Intentionen in Bezug auf Westeuropa mit Sorge zu betrachten. Im Westen wurde daraus der Schluss gezogen, die Sowjetunion plane einen bewaffneten Angriff auf Westeuropa, auf den man wegen des militärischen Ungleichgewichts nur sehr schlecht vorbereitet sei. Diese Befürchtung wurde von den Amerikanern geteilt: die Argumentation gewann noch an Überzeugungskraft, als es im Juni 1950 zum nordkoreanischen Angriff auf Südkorea kam: „Der Überfall war für den Westen der geradezu klassische Beweis für die Aggressivität des internationalen Kommunismus und für dessen Absicht, überall dort expansiv vorzugehen, wo westliche Schwäche dies zuließ.“⁶

Schon 14 Tage zuvor hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer den Hohen Kommissaren seine Idee eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages vorgeschlagen.⁷ Dieser sollte in Form eines bewaffneten Kontingentes erfolgen, das ein zahlenmäßig überlegenes Gegenstück zur Kasernierten Volkspolizei in der DDR darstellen würde. Für Adenauer sollte die Aufstellung eines solchen Kontingentes parallel zur Stärkung der alliierten Militärpräsenz in Deutschland vonstatten gehen. Die Debatte über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag war erwartungsgemäß durch eine Polarisierung der politischen und der öffentlichen Meinung in Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik gekennzeichnet.

Schließlich wurde im Oktober 1950 von Jean Monnet der so genannte Plevenplan vorgelegt, der die Integration eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft nach dem Modell der Montanunion vorsah. Um die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu garantieren und die militärische Eingliederung der Bundesrepublik als Parallelschritt zum wirtschaftlichen Integrationsprozess zu verdeutlichen, wurde die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zur Vorbedingung für die Schaffung einer EVG gemacht. Mit der Paraphierung des Abkommens über die Errichtung der EGKS am 18. April 1951 und dessen Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag am 11. Januar 1952 wurde der Weg frei zur Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs

über die EVG. Damit sandte der Westen ein deutliches Signal für die Wichtigkeit des Integrationskurses aus, das Moskau kaum ignorieren konnte.

In diesem angespannten Klima des Ost-West-Verhältnisses rückte die Frage einer deutschen Wiedervereinigung immer mehr in den Hintergrund – trotz der Tatsache, dass diese zumindest verbal das Hauptziel der westalliierten Deutschlandpolitik blieb. Es bestand kein Zweifel daran, welches Modell der Wiedervereinigung vom Westen präferiert wurde. Schon zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 ließen die Westmächte wissen, sie betrachteten den neuen Staat als „an artificial creation which is devoid of any legal basis“.⁸ Diese Einschätzung bildete die Grundlage für die Unterstützung der Bundesrepublik als einzig legitim konstituierter deutscher Staat und für die offizielle Erklärung der Westalliierten, auf Regierungsebene nur mit Bonn verhandeln zu wollen.

Um diesen Standpunkt zu bekräftigen, wurde im Foreign Office in London ein detailliertes Memorandum zum Verständnis und zur Interpretation der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR ausgearbeitet, welches bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1973 die westliche Politik bestimmte.⁹ Eine weitere Bekräftigung der westlichen Ablehnung der Legitimität der DDR erfolgte 1951 mit der formellen Unterstützung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Für den Westen war klar: Ein wiedervereinigtes Deutschland müsste wie eine vergrößerte Bundesrepublik aussehen und sich mit dem westlichen demokratischen Wertesystem identifizieren.

Die Frage einer deutschen Mitgliedschaft in der NATO war in den frühen fünfziger Jahren noch theoretischer Natur, obwohl US-Außenminister Dean Acheson und sein britischer Amtskollege Ernest Bevin privat der Meinung waren, die Bundesrepublik würde wahrscheinlich nicht „auf längere Sicht ohne irgendwelche Streitkräfte“¹⁰ bleiben. Doch der militärische Wiederaufbau galt als langfristige Entwicklung, als eine Art „Politik der kleinen Schritte“, die unmittelbar mit der wirtschaftlichen und politischen Westintegration der Bundesrepublik verbunden war. Insbesondere in Frankreich und Großbritannien war man sich darüber im Klaren, dass die öffentliche Meinung

6 Manfred Görtemaker, *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2002, S. 124.

7 Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Konrad Adenauer. A German Politician and Statesman in a Period of War, Revolution and Reconstruction*, Bd. 1, Providence–Oxford 1995, S. 516.

8 Department of State Press Release, No. 790, 12. 10. 1949, Public Record Office (PRO) Foreign Office (FO) 371/76617, 13. 10. 1949.

9 Vgl. Miss G. Brown, *Questions of Recognition*, 11.10.1949, PRO FO 371/76617.

10 D. Gossel (Anm. 4), S. 49.

einer deutschen Wiederaufrüstung gegenüber überwiegend negativ eingestellt war. Eine breite Akzeptanz eines deutschen Verteidigungsbeitrages, so wie er im EVG-Vertrag vorgesehen war, würde nur schwierig und langfristig zu erreichen sein.

In Moskau versuchte man, daraus Kapital zu schlagen. Nur wenige Wochen nach dem Beschluss der Außenminister Frankreichs, Italiens, der Benelux-Staaten und der Bundesrepublik, den EVG-Vertragsentwurf auszuarbeiten, schickte Stalin eine erste Note an die Westmächte. Diese sollte den Prozess der Westeinbindung der Bundesrepublik zumindest unterbrechen, indem mit dem Angebot einer Wiedervereinigung auf neutraler Grundlage an die nationalen Gefühle der Deutschen appelliert wurde. Die Vorstellung eines derart wiedervereinigten Gesamtdeutschlands brachte eine neue Dimension in die Diskussion und förderte im Westen einen antineutralistischen Konsens. Trotz aller Bedenken gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik war die zu festigende Westintegration einer Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Basis der Neutralität auf Dauer vorzuziehen.

Am 27. Mai 1952 wurde der EVG-Vertrag unterzeichnet, ein klares Zeichen für die westliche Entschlossenheit, mit dem Integrationskurs fortzufahren. Letzten Endes hatten die beiden Stalin-Noten den Effekt, die Westmächte von der Richtigkeit ihrer Integrationspolitik zu überzeugen und deren Implementierung zu beschleunigen. Diese Politik beruhte vor allem auf der wirtschaftlichen Überlegenheit und auf dem Glauben, von dieser Position aus eine Politik der Stärke betreiben zu können, die das Ziel hatte, die Wiedervereinigung Deutschlands nach westlichem Muster zu ermöglichen, wenn nicht zu erzwingen.

Das Ost-West-Verhältnis nach Stalins Tod

Unmittelbar nach Stalins Tod im März 1953 beeinflussten unterschiedliche Faktoren die innenpolitischen Debatten und bestimmten vorübergehend den Kurs der Regierungspolitik der Westalliierten. Der Machtwechsel im Kreml schien „erste Anzeichen eines ‚Taufwetters‘ in den Ost-West-Beziehungen“ erkennen zu lassen, „womit so schnell kaum jemand gerechnet hatte“.¹¹ Der scheinbar liberalere Kurs der neuen sowjetischen Führung deutete

auf die Möglichkeit einer dauerhaften Entspannung, die „vielleicht sogar zur schnellen Beilegung des Kalten Krieges führen würde“.¹²

Churchill, der im April 1953 während der Erkrankung von Sir Anthony Eden vorübergehend auch das Amt des Außenministers übernahm, verlor keine Zeit, für den Westen den Vorteil aus dieser vermeintlichen Kursänderung zu ziehen und warb um Unterstützung der Amerikaner.¹³ Doch Dwight D. Eisenhower, der im Januar 1953 das Amt des Präsidenten der USA angetreten hatte, und sein Außenminister John Foster Dulles teilten die Meinung Adenauers, die Konsolidierung des westlichen Bündnisses müsse einer Entspannung im Ost-West-Verhältnis vorausgehen. Sie legten daher den Schwerpunkt ihrer Deutschlandpolitik auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages. Aber die Entwicklung verlief nicht problemlos. Zum Haupthindernis wurde die tiefe französische Ablehnung einer westdeutschen Remilitarisierung, welche die Vorlage des Vertrags zur Ratifizierung durch die Assemblée Nationale schließlich bis 1954 verzögern sollte: „Auch Ministerpräsident René Mayer (8. Januar bis 21. Mai 1953) wagte in Kenntnis der realen Kräfteverhältnisse nicht, die Verträge der französischen Nationalversammlung zu stellen, sondern bemühte sich bei den EVG-Vertragspartnern um ‚Präzisionen‘, die vor allen Dingen den ‚nationalen‘ Sektor der französischen Streitkräfte stärken sollten.“¹⁴

Die Perzeption eines sowjetischen Entgegenkommens, ja sogar einer Bereitschaft, unter Umständen ihre Truppen aus der DDR abzuziehen,¹⁵ sowie die Schwierigkeiten einer schwachen französischen Regierung, den für alle Beteiligten sehr wichtigen Integrationsschritt zu einer EVG zu vollziehen, mögen Churchill dazu veranlasst haben, in einer Unterhausrede am 11. Mai 1953 eine alternative Lösung vorzuschlagen. Churchill, dem – wie Klaus Larres überzeugend argumentiert¹⁶ – seit Kriegsende sehr an einem Übereinkommen mit dem Kreml gelegen war und der die Vorteile einer Entspannung für die belastete Wirtschaft, für die Reduzierung der britischen Abhängigkeit von den USA und für die Rückgewinnung

12 Ebd.

13 Vgl. M. Görtemaker (Anm. 6), S. 130.

14 Ulrich Pfeil, Frankreich und der 17. Juni 1953, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Aufstand in der DDR: Der 17. Juni 1953, der Kalte Krieg und die internationalen Beziehungen, Münster 2003 (i. E.).

15 So sah es der designierte amerikanische Botschafter in Moskau, Charles Bohlen. Diese Ansicht wurde weder in London noch in Paris geteilt. Vgl. K. Larres, Neutralisierung (Anm. 2), S. 573.

16 Vgl. ebd.

11 K. Larres, Neutralisierung (Anm. 2), S. 568.

des britischen Großmachtstatus klar begriff, wollte eine Konferenz der Großen Drei einberufen. Vor dem Unterhaus erklärte er, dass das „ungeheure Problem, die Sicherheit Russlands mit der Freiheit und Sicherheit Westeuropas in Einklang zu bringen“, „nicht unlösbar“ sei.¹⁷ Als mögliches Vorbild könne der Locarno-Vertrag von 1925 dienen, der Frankreich und Deutschland voreinander geschützt und Großbritannien die Schiedsrichterrolle zugewiesen habe. Man müsse die Sicherheitsinteressen Deutschlands und der Sowjetunion ausbalancieren.

Mit diesem Vorschlag stieß Churchill sowohl innenpolitisch als auch bei den Alliierten auf Ablehnung. Das Foreign Office war besonders darüber verärgert, dass der Premierminister auf eigene Initiative gehandelt hatte. Denn seine Position war keineswegs mit der offiziellen Politik des Foreign Office identisch, sah man doch den möglichen Spannungswillen seitens der neuen sowjetischen Führung mit großer Skepsis. In der Zeit unmittelbar nach Stalins Tod rechnete man sogar mit einer Fortsetzung der bisherigen sowjetischen Deutschlandpolitik, die als „tough, ruthless and uncompromising“ verstanden wurde. Angesichts dieser Perspektive riet das Foreign Office einstweilen zu einer Politik des „watchful waiting“, um über den künftigen Kurs der sowjetischen Deutschlandpolitik zuverlässigere Schlüsse ziehen zu können.¹⁸

Sowohl Washington als auch Bonn warnten davor, Moskau eine Propagandagelegenheit in die Hand zu geben, die für die Wiederwahl Adenauers und der CDU/CSU-Regierung bei der Bundestagswahl im September negative Konsequenzen haben könnte. Die französische Regierung war empört über Churchills Absicht, Frankreich vom geplanten Gipfeltreffen auszuschließen, und schlug stattdessen ein Gipfeltreffen der drei Westmächte vor, das im Juni auf den Bermudas stattfinden sollte.¹⁹ Es ist möglich, dass dieser Vorschlag den sowjetischen Präferenzen eher entsprach, denn ironischerweise schien die Sowjetunion nicht auf Churchills Vorschlag eines Gipfeltreffens eingehen zu

wollen. Eine offizielle sowjetische Antwort gab es weder darauf noch auf Eisenhowers Verhandlungsangebot in seiner „Chance-for-Peace-Rede“ vom 16. April 1953. In diesem Klima der Stagnation auf Vier-Mächte-Ebene erreichten Nachrichten von einem Aufstand in der DDR die Westmächte „wie ein Gewitterdonner in einem Sommerhimmel“.²⁰

Reaktionen auf den Volksaufstand

In den Monaten vor dem 17. Juni 1953 hatten die Westmächte die innenpolitischen Vorgänge in der DDR mit Interesse beobachtet, doch ihre Schlussfolgerungen waren nicht immer identisch gewesen. Die sowjetischen Versuche, den Kurs der Westintegration der Bundesrepublik zu bremsen, hatten die Truman-Administration dazu veranlasst, „ein Programm politischer und subversiver Maßnahmen zur ‚reduction of Soviet potential in Eastern Germany‘“ zu autorisieren.²¹ Eine Schlüsselrolle war dabei dem RIAS, dem amerikanischen Rundfunksender in West-Berlin, zugedacht. In diesem Sinne hatte der RIAS „seit Frühjahr 1953 eine gezielte Kampagne gegen die Normenerhöhungen geführt“,²² welche im Juni der unmittelbare Auslöser für die Streiks und Demonstrationen waren.

Trumans Nachfolger Eisenhower war pessimistisch hinsichtlich der Aussichten einer Destabilisierung in der DDR, weil seine Administration die Meinung vertrat, die politische Führung der DDR und die sowjetische Besatzungsmacht hätten die Situation fest im Griff. Das Foreign Office teilte weitgehend diese Meinung. Es sah (im Gegensatz zu Churchill) damals keine Gründe, trotz wachsender Opposition und enormer wirtschaftlicher Probleme in der DDR an den Grundzielen der sowjetischen Deutschlandpolitik zu zweifeln: „An der generellen Linie, nämlich dem Bemühen, die DDR in ein sozialistisches Bollwerk des Sowjetblocks umzuwandeln, habe sich nichts geändert.“²³ Auch die französische Regierung, die an einem Arrangement mit Moskau interessiert war, um den innenpolitischen Streit um die Ratifizierung des EVG-Vertrages zu überwinden, vertrat die Ansicht, dass sich auch nach Stalins Tod die Bedrohung durch die Sowjetunion nicht reduziert habe.²⁴

17 Zit. nach M. Görtemaker (Anm. 6), S. 130.

18 Vgl. Y. Kipp (Anm. 1), S. 90–91. Kipp macht darauf aufmerksam, dass sich diese Botschaft auch an die amerikanische Regierung richtete.

19 Mit diesem Vorschlag zielte die Mayer-Regierung auch auf die bevorstehende Vertrauensabstimmung in der Nationalversammlung. Das Gipfeltreffen musste zweimal verschoben werden, zum ersten, weil Mayer bei der Vertrauensabstimmung scheiterte und eine neue Regierung unter Joseph Laniel gebildet wurde, zum zweiten, weil Churchill am 21. Juni 1953 einen Schlaganfall erlitt und sich für mehrere Wochen von allen Ämtern zurückziehen musste.

20 Ulrich Pfeil, *L'insurrection du 17 Juin à Berlin-Est: un défi pour la politique allemande de la France*, Ms., Paris 2003.

21 Christian M. Ostermann, *Die USA und die DDR*, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 168.

22 Ebd.

23 Y. Kipp (Anm. 1), S. 95.

Die Überzeugung, in der sowjetischen Deutschlandpolitik herrsche Kontinuität, ließ wenig Platz für alternative Szenarien. So wurde etwa die Vorstellung, die Arbeiter in der DDR könnten bereit sein, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, von den meisten westlichen Beobachtern vehement abgelehnt. Als Anfang Juni bei einem Treffen in West-Berlin, an dem Journalisten, Wissenschaftler, Gewerkschaftler und einige Bundestagsabgeordnete teilnahmen, die Meinung vertreten wurde, es könne „im Gefolge der Normenerhöhungen zu größeren Streiks in der Zone“ kommen, wurde diese Entwicklung für so unwahrscheinlich gehalten, „daß man beschloß, die Möglichkeit von Arbeitsniederlegungen in der Berichterstattung und Kommentierung überhaupt nicht zu erwähnen“.²⁵

Erste Nachrichten über Unruhen verbreitete der RIAS schon am Abend des 15. Juni, aber diese wurden von den westlichen Nachrichtenagenturen nicht übernommen, zum Teil wegen ihrer offensichtlichen Unglaubwürdigkeit, zum Teil, weil der Westen nicht sicher sein konnte, dass die Unruhen nicht tatsächlich von der Sowjetunion inszeniert worden waren. Am folgenden Tag brachte der RIAS neben weiteren Meldungen die Nachricht, „daß einzelne Demonstrationsteilnehmer zum Generalstreik aufgerufen hätten“.²⁶ Am Abend des 16. Juni, so die britische Hohe Kommission in Bonn, war die Lage „explosive throughout the Zone“, und die RIAS-Meldungen wurden als ein „signal for disorders to begin in earnest“ beschrieben.²⁷ In Wirklichkeit hatte der RIAS jetzt den strikten Befehl, die Meldungen über die Vorgänge in Ost-Berlin und der DDR sehr vorsichtig zu formulieren, um sich nicht dem Vorwurf der Provokation auszusetzen. Das Wort „Generalstreik“ durfte nicht erwähnt werden; „der Sender habe sich unter allen Umständen auf bloße Berichterstattung zu beschränken“.²⁸

24 Zu der Frage eines französischen Arrangements mit Moskau vgl. Klaus Larres, Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod, in: Christoph Kleßmann/ Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 155–180.

25 Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983, S. 98–99.

26 Ebd., S. 99–100.

27 Michael Gehler, Der 17. Juni aus der Sicht des Foreign Office, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/1993, S. 22–31, hier S. 22. Dieser Beitrag bietet einen ausgezeichneten Überblick über die britische Wahrnehmung des Aufstands. Vgl. dazu auch Marianne Howarth, Der 17. Juni und die Westmächte. Perzeptionen und Reaktionen aus Großbritannien, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Aufstand in der DDR: Der 17. Juni 1953, der Kalte Krieg und die internationalen Beziehungen, Münster 2003 (i. E.).

Diese selbst auferlegte Zurückhaltung charakterisierte die Haltung der Westmächte auch am folgenden Tag; alle drei trafen in ihren Sektoren Maßnahmen, die eine Eskalation vermeiden und eine Ausbreitung der Demonstrationen nach West-Berlin bzw. die Beteiligung von West-Berlinern an den Ereignissen in Ost-Berlin verhindern sollten.

In diesem Sinne vermieden die Westmächte in einem Protestschreiben an den sowjetischen Kommandanten am 18. Juni den Eindruck, dass sie die Aufständischen unterstützten. Ihre Kritik richteten sie gegen die von der Sowjetunion angewandten Methoden, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen, darunter auch gegen die Exekution eines West-Berliner „Provokateurs“.²⁹ Dieser Protest sollte als Solidaritätsbotschaft an die deutsche Bevölkerung verstanden werden.

Westalliierte Deutschlandpolitik nach dem Volksaufstand

Die Initiative der drei westlichen Stadtkommandanten Berlins knüpfte an drei wichtige Aspekte der westalliierten Deutschlandpolitik an, die zusammen deren Entwicklung für die damals absehbare Zukunft bestimmen sollten.

Erstens: Trotz der Tatsache, dass die Meinungen darüber noch geteilt waren, ob es sich bei dem Aufstand um einen spontanen Ausbruch ostdeutscher Unzufriedenheit oder um von Moskau inszenierte, außer Kontrolle geratene Demonstrationen handelte, waren die Schlussfolgerungen klar. Die Chancen für eine Ost-West-Entspannung, wie sie Churchill vorschwebten, waren jetzt gleich null. Besonders erfreut darüber waren die Amerikaner. Bei der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 18. Juni teilte Eisenhowers Berater für Fragen der politischen Kriegsführung C. D. Jackson mit: „The President observed that the uprisings certainly had provided us with the strongest possible argument to give to Mr. Churchill against a four-power meeting.“³⁰ Etwas widerwillig, wenigstens seitens des britischen Premierministers, akzeptierten die Westmächte den neuen Status quo in der Deutschlandfrage. Allem früheren Anschein zum

28 A. Baring (Anm. 25), S. 100.

29 Vgl. K. Larres, Neutralisierung (Anm. 2), S. 578–579.

30 Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952–54, Bd. 7, S. 1587–1588, zit. nach ebd., S. 578, Fn. 62.

Trotz war die Sowjetunion offenbar nicht gewillt, das Ulbricht-Regime und die DDR fallen zu lassen, und diese Erkenntnis musste den Ausgangspunkt der künftigen westlichen Deutschlandpolitik markieren.

Zweitens: Nach der Niederschlagung des Aufstandes war klar, dass trotz der französischen Bedenken ein Weg gefunden werden musste, die Bundesrepublik militärisch in den Westen zu integrieren, womöglich mit amerikanischer Rückenbedeckung. Zu diesem Schritt sollte es allerdings erst nach dem endgültigen Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung im Jahre 1954 kommen, als der britische Außenminister einen Vorschlag unterbreitete, der den Weg für die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ebnete.

Drittens: Ad interim und als unmittelbare Folge der Ereignisse des 17. Juni haben die Westmächte ihre Unterstützung für die Politik Adenauers und seiner Regierung bekräftigt. Damit wurde die Teilung Deutschlands zementiert und die westeuropäische Sicherheit gestärkt. Insofern hatte der Aufstand keine grundsätzliche Änderung der westlichen politischen Linie bewirkt. Solange Europa geteilt war, lag es weder im Interesse des Ostens noch des Westens, die Wiedervereinigung Deutschlands – entgegen allen offiziellen Bekundungen – wirklich zur deutschlandpolitischen Priorität zu machen.

Es traf zu, was der Staatsminister und spätere britische Außenminister Selwyn Lloyd kurz nach dem Aufstand für Churchill formulierte: „Germany is the key to the peace of Europe. To unite Germany while Europe is divided even if practicable, is fraught with danger for us all. Therefore everyone – Mr. Adenauer, the Russians, the Americans, the French and ourselves – feel in our hearts that a divided Germany is safer for the time being. But none of us dare to say so openly because of the effect upon German public opinion. Therefore we all publicly support a united Germany, each on his own terms.“³¹

31 M. Gehler (Anm. 27), S. 28, und K. Larres, Neutralisierung (Anm. 2), S. 583. Beide Verfasser zitieren aus Dokumenten des Foreign Office: PRO PREM 11/449, 22 June 1953.

Fazit

Für die Deutschlandpolitik der Westmächte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre liegt die Bedeutung des Juni-Aufstandes in der DDR in der Bestätigung und Intensivierung ihrer Unterstützung für den westlichen Integrationskurs. Damit war sowohl für den Westen als auch für den Osten der Kurs und die Geschichte der deutschen Teilung bis zum Herbst 1989 bestimmt. Der Aufstand des 17. Juni 1953 und seine blutige Niederschlagung hatte den Westmächten deutlich vor Augen geführt, dass trotz hartnäckigster Versuche der sowjetischen Besatzungsmacht und des Ulbricht-Regimes die Flamme eines gesamtdeutschen Nationalgefühls in der DDR noch nicht verloschen war. Diese Erkenntnis nahmen die Westmächte keineswegs mit Sentimentalität zur Kenntnis. Im Gegenteil, sie wirkte als ständige Mahnung, am bisherigen Kurs festzuhalten, der auf eine Wiedervereinigung Deutschlands nach westlichen Vorstellungen im Interesse aller Deutschen zielte.

Eine parallele Entwicklung ist ab diesem Zeitpunkt in der Westpolitik der DDR zu registrieren. Nach den Ereignissen des 17. Juni und der so tatkräftigen sowjetischen Unterstützung für den Erhalt der DDR sah sich die SED in ihren deutschlandpolitischen Ambitionen ermuntert, ihren Staat als deutsche Alternative zu profilieren. Ab Mitte der fünfziger Jahre sind Zeichen einer intensiven, nach Westen gerichteten Propagandakampagne zu erkennen, welche das Ziel hatte, die „antifaschistische“ Identität der DDR zu betonen und Aspekte des politischen Lebens der Bundesrepublik zu diskreditieren, um endlich die weltweite Anerkennungsblockade zu durchbrechen. Die Auslandspropaganda der DDR versuchte, die damals in fast allen westeuropäischen Ländern vorhandene Furcht vor einer Europa dominierenden Bundesrepublik in positive Einstellungen gegenüber der DDR zu verwandeln, um die Anerkennungsbestrebungen entscheidend voranzubringen.³²

32 Zur Anerkennungsbewegung und -kampagne in den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Dänemark, Holland, Belgien und der Schweiz vgl. U. Pfeil (Anm. 21). Zu Großbritannien vgl. auch Marianne Bell (jetzt Howarth), Britain and East Germany. The Politics of Non-Recognition, unveröff. M.Phil. Diss., University of Nottingham 1977, und Henning Hoff, Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen, München 2003.

Volksaufstand gegen die Siegermacht?

Die Sowjetunion und der 17. Juni 1953

Von allen vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges berührte der Juni-Aufstand in der DDR die UdSSR am unmittelbarsten. Jedes Aufbegehren gegen die willkürlichen Normenerhöhungen, gegen wirtschaftliche Missstände, gegen Zwangskollektivierung, gegen Drangsalierung der Unternehmer und Selbstständigen, gegen Remilitarisierung und nicht zuletzt gegen die undemokratische Herrschaft der SED richtete sich – bewusst oder unbewusst – gegen die Macht, die nach dem 8. Mai 1945 die oberste Gewalt im Osten Deutschlands übernommen und sie im Oktober 1949 lediglich partiell an die SED-Regierung abgetreten hatte. Alle seit Öffnung der DDR-Archive durchgeführten Untersuchungen¹ führen trotz mancher Differenzen in der Interpretation zu dem einhelligen Ergebnis: Ohne die UdSSR wären Walter Ulbricht und die SED am 17. Juni 1953 kläglich untergegangen. Die sowjetischen Truppen zwangen die Aufständischen zur Unterwerfung. Wahrscheinlich war es die schockierende Wirkung der schlagartig sichtbar gewordenen realen Machtverhältnisse, welche viele Deutschen in Ost und West daran hinderte, die Tatsache deutlich auszusprechen: Die Russen wurden am 17. Juni 1953 noch einmal zum Sieger in Deutschland.

Kein Datum in der deutschen Zeitgeschichte, an dem die UdSSR beteiligt war, wurde in den neunziger Jahren so intensiv erforscht und dokumentiert wie der 17. Juni 1953. Die Erschließung sowjetischer Quellen, die in anderen Bereichen nur sehr langsam vorankommt, ist für dieses Ereignis dank der Arbeit russischer, amerikanischer und deutscher Historikerinnen und Historiker am weitesten vorangeschritten.² Dies erlaubt es, sich der Frage zu nähern, inwieweit die Entwicklung in Moskau in den Wochen vor dem 17. Juni den Aus-

gang der Volkserhebung beeinflusste, und umgekehrt, inwieweit die Zuspitzung der Ereignisse und der Aufstand selbst zur Entscheidung des Machtkampfs innerhalb der sowjetischen Führung beitrug. Die Basis dafür bilden die bei der Erarbeitung einer umfangreichen Quellenedition zur sowjetischen Deutschlandpolitik der Jahre 1941 bis 1948 gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse.³

In den Teilen Deutschlands, die im April 1945 von der Roten Armee besetzt wurden und unter deutscher Verwaltung verblieben, vollzog sich nach Kriegsende umgehend eine revolutionäre Umwälzung, welche unabhängige Beobachter als Sowjetisierung gekennzeichnet haben. Dies war die Realität, in der etwa 18 Millionen Deutsche, darunter Millionen aus ihrer Heimat östlich der Oder und südlich des Erzgebirges Vertriebene, leben mussten. Bankenschließungen, Bodenreform, Enteignung der Großindustrie und die anderen Maßnahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ waren Folgen des verlorenen Krieges und des totalen Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft wie auch Ziel sowjetischer und deutscher Kommunisten, die in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) über die Macht und mit der SED über eine beachtliche Massenbasis verfügten.

Auf beiden Seiten, bei der SED ebenso wie bei der SMAD, bestand von Anfang an Klarheit über die wechselseitige Abhängigkeit ihrer Handlungen in Deutschland. Die eigene Staatsgründung in der SBZ, auf welche die SED seit der Jahreswende 1947/48 drängte, zögerten sowjetische Stellen bis 1949 hinaus, um sie als von den Westmächten und der „deutschen Reaktion“ aufgezwungene, unumgängliche Folge des Kalten Krieges und der westdeutschen Staatsgründung erscheinen zu lassen. Seit dem Frühjahr 1948, als Moskau der SED grünes Licht für die Ausarbeitung des Zweijah-

3 Vgl. G. P. Kynin/J. P. Laufer (Bearbeiter), SSSR i germanskij vopros 1941–1948. Dokumenty iz Archiva vnesnej politiki Rossijskoj Federacii [Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation], Band 1–3 (Moskau 1996, 2000 und 2003). Eine deutsche Ausgabe wird vorbereitet.

Für kritische Hinweise zu diesem Beitrag bedanke ich mich bei Georgij P. Kynin (Moskau).

1 Vgl. u. a. Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u. a. 1999.

2 Vgl. Christian F. Ostermann, Uprising in East Germany 1953. The cold war, the German question, and the first major upheaval behind the iron curtain, Budapest 2001. Vgl. auch Elke Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1998) 3, S. 497–549.

resplans gab, war diese Staatsgründung überfällig, denn ohne eine staatlich zentral geleitete Wirtschaft wäre dieser Plan undurchführbar geblieben. Die Gründung der DDR – in der Stalin „einen Wendepunkt in der Geschichte Europas“ erblickte⁴ – kennzeichnete den Reifegrad, den die ostdeutsche Revolution aus sowjetischer Sicht inzwischen erreicht hatte. Schrittweise und partiell konnte die SED nun Funktionen übernehmen, welche bis dahin die Besatzungsmacht ausgeübt hatte. Doch sie blieb unter strenger Kontrolle der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), die vor dirigistischen Eingriffen nicht zurückschreckte, um die DDR auf dem von der UdSSR gewünschten Kurs zu halten.⁵

Schwachstelle und Hoffnung der revolutionären Entwicklung im Osten blieb die nationale Frage, deren Sprengkraft die Revolution in ganz Deutschland durchsetzen, sie aber auch in der Ostzone abrupt beenden konnte. Sie war für die SED Katalysator und Schleudersitz zugleich. Diese Dialektik verstand niemand besser als Josif Stalin. Zum Schutz der sozialistischen Entwicklung im sowjetischen Besatzungsgebiet hatte er die offizielle Deutschlandpolitik auf die Herstellung der deutschen Einheit gelenkt und damit ein potemkinsches Dorf errichtet, ohne das sich die SED nicht an der Macht halten können. Der gemeinsame Kampf der UdSSR und der SED um nationale Einheit und einen „gerechten Friedensvertrag“ war ebenso irrational wie notwendig, um ihre zahlreichen Gegner zu täuschen und all jene Menschen für die eigene Politik zu mobilisieren, die tatsächlich an den Ernst dieser Forderungen glaubten. Ein Blick in die damalige DDR-Presse, in der permanent über Aktivisten-, Neuerer- und Genossenschafts-, Wettbewerbs-, Laienkunst- und Friedensbewegung geschrieben wurde, zeigt, in welchem Ausmaß der SED-Patriotismus Teil einer ideologischen Scheinwelt war, die für alle Bereiche des Lebens errichtet wurde.

Die nationale Kampagne barg jedoch auch Gefahren. Viele Zeitgenossen in Moskau, Ost-Berlin, aber auch im Westen konnten Sein und Schein nicht auseinanderhalten. Zu Beginn der fünfziger Jahre entstand die Gefahr, dass sich die sowjetische Politik in der deutschen Frage an propagandistischen Losungen orientierte. Dies zeigte sich, als das Außenministerium 1951 auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in westliche Militär-

bündnisse mit Aktionismus reagierte. Die Diplomaten drängten Stalin, in einer Note an die Westmächte auf alte Friedensvertragsvorbereitungen der UdSSR zurückzugreifen und sie um aufsehenerregende Angebote zu ergänzen: Neutralisierung Deutschlands, Aufstellung einer deutschen Armee und Aufnahme in die UNO.⁶ Die Verwirklichung der in der so genannten Stalin-Note vom 10. März 1952 enthaltenen Vorschläge wurde durch die Westmächte niemals ernsthaft geprüft und durch die UdSSR niemals ernsthaft vorbereitet.⁷ Stattdessen beeilte sich Stalin, als die sowjetische Note diplomatisch ins Leere gelaufen war, jedoch die beabsichtigte starke propagandistische Wirkung entfaltet hatte, der Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR zuzustimmen⁸ und diesem Staat, der noch immer erhebliche Reparationsleistungen zu erbringen hatte, ein wahnwitziges Aufrüstungsprogramm aufzuzwingen. Dies erschien nicht nur westlichen Beobachtern konfus; Unklarheiten und Gegensätze bestimmten die sowjetische Deutschlandpolitik in den letzten Lebensjahren Stalins.

Gab es in den Wochen und Monaten nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 innerhalb der sowjetischen Führung Personen, die über den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen aus Deutschland, über eine Aufgabe der DDR und über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland nachdachten? Überlegungen westdeutscher Publizisten und Politiker, die seit der Stalin-Note vom 10. März 1952 über diese Frage grübelten, erhielten im Frühling nach Stalins Tod neue Nahrung⁹, als die DDR durch den mit dem „Aufbau des Sozialismus“ verbundenen Kampf gegen „kapitalistische Elemente“ (Großbauern, Unternehmer und Selbstständige) bei gleichzeitiger Vervielfachung der Ausgaben für

6 Die Note ist zuletzt veröffentlicht in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Analysen, München 2002, S. 197–200.

7 Zur möglichen Aufgabe der DDR durch Stalin befragt, erklärte Molotov kategorisch: „Stalin war ein Mann, der hätte für den Sozialismus alles gegeben und sozialistische Errungenschaften niemals preisgegeben.“ Vgl. Feliks Čuev, Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Eueva [Einhundertundvierzig Gespräche mit Molotov. Aus dem Tagebuch von F. Euev], Moskau 1991, S. 335.

8 Die formelle Zustimmung durch das Politbüro der KPdSU erfolgte am 8. Juli 1952, einen Tag vor Verkündung auf der II. Parteikonferenz der SED; vgl. Beschluss über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Juni 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1990, S. 651–654, hier S. 652.

9 Vgl. Gerhard Wettig, Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen, in: C. Kleßmann/B. Stöver (Anm. 1), S. 49–69.

4 Glückwunschtelegramm Stalins an Pieck und Grotewohl, 13. Oktober 1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bd. II, 2, München 1996, S. 202–203.

5 Vgl. Elke Scherstjanoi (Hrsg.), Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998.

den Aufbau eigener Streitkräfte¹⁰ in eine existenzbedrohende Krise geriet, die sich am augenfälligsten in der Flucht hunderttausender Ostdeutscher zeigte und treffend als „Sowjetisierungskrise“ charakterisiert worden ist¹¹.

Weder in Ost-Berlin noch in Moskau wurde über grundlegende Kurskorrekturen nachgedacht. Die Aufgabe der völlig irrealen Rüstungspläne und eine Umlenkung der Mittel zugunsten der Befriedigung des Grundbedarfs der Bevölkerung standen niemals zur Debatte. Stattdessen strebte die SED bereits im Januar 1953 die Schließung der Sektorengrenze an,¹² was jedoch sowjetische Stellen nach anfänglichen Zugeständnissen ablehnten.¹³ Auf eine unmittelbar nach Stalins Tod in Moskau eintreffende SKK-Analyse der ökonomischen und politischen Situation in der DDR, die erstmals eine Übersicht über das beängstigende Anwachsen der Flüchtlingszahlen bereitstellte, reagierte der sowjetische Ministerrat Mitte April 1953 mit einem wirtschaftlichen Hilfsprogramm,¹⁴ das allerdings weit hinter den Wünschen der DDR-Regierung zurückblieb.

Bereits zuvor war das Außenministerium angewiesen worden, ein Positionspapier zur deutschen Frage für das Präsidium des Ministerrats vorzubereiten. Den Anlass dafür bot die ausstehende Antwort auf die letzte Note der Westmächte vom 23. September 1952. Der neue sowjetische Ministerpräsident Georgij Maksimilianovič Malenkov, im wahrsten Sinne ein Zögling Stalins, dachte zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich weniger an Krisenbewältigung in der DDR als an eine grundsätzliche Lösung der deutschen Frage, um sich als Staatsmann außen- und innenpolitisch zu profilieren. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hatte er vor dem Obersten Sowjet erklärt: „Es gibt zur Zeit kein strittiges oder ungelöstes Problem, das nicht auf friedlichem Wege durch gegenseitige Vereinbarung der interessierten Länder gelöst werden könnte. Das trifft auf unsere Beziehungen mit allen Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, zu.“¹⁵ Für Molotov war schon

die Tatsache, dass seit dem Machtantritt Malenkovs Fragen der internationalen Politik „entgegen der unverrückbaren bolschewistischen Tradition“ im Ministerratspräsidium und nicht im Präsidium des ZK der KPdSU entschieden wurden, ein vorrangiger Grund zur Klage.¹⁶

Als sich in der DDR die Krise zuspitzte, entwickelten sich in Moskau Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die deutsche Frage lösbar sei und ob Lösungsversuche zur Stabilisierung oder Destabilisierung der DDR beitragen würden. Während offensichtlich eine von Malenkov geführte Gruppe hoffte, diese Frage unter Behauptung sowjetischer Interessen beantworten zu können, hielt Molotov derartige Versuche angesichts der instabilen Bedingungen in der DDR für gefährlich. Dahinter verbargen sich eher Positionskämpfe innerhalb der sowjetischen Führung als grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Der Dissens ist keinesfalls identisch mit den späteren Beschuldigungen, der Innenminister und Geheimdienstchef Lavrentij Berija habe die DDR preisgeben wollen; Mark Kramer hat diese minutiös als Desinformation enthüllt;¹⁷ sie werden jedoch weiterhin ernst genommen.¹⁸ Die Existenz taktischer Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage ergibt sich bisher allein aus den in jener Zeit entstandenen Deutschlandpapieren des Außenministeriums und aus einem Vergleich mit der Entwicklung der sowjetischen Österreichpolitik, der allerdings bisher nur sehr punktuell möglich ist.

Am 13. April 1953 hatte Nikolai K. Grigorev, ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Washington, gegenüber einem österreichischen Diplomaten erklärt, „Volk und Regierung der Sowjetunion wären bereit, die Besetzung aufzuheben, doch müssten sie sicher sein, dass Österreich nicht nach der Räumung dem aggressiven Atlantikpakt beitrete und den USA Stützpunkte einräume. (...) In gleicher Weise schlage die Sowjetunion für Deutschland eine Neutralitätslösung vor.“¹⁹ Es ist unklar, was Grigorev zu dieser Erklärung veranlasste. Fest steht, dass er nicht im Auftrag des Außenministeriums handelte. Molotov widersetzte sich im Mai 1953 der Forderung Malenkovs, die Position in der österreichischen

10 Vgl. Torsten Diedrich, *Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR*, München 2003², S. 25.

11 Vgl. Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001, S. 253.

12 Vgl. C. F. Ostermann (Anm. 2), S. 43.

13 Vgl. ebd., S. 50ff.

14 Vgl. Mark Kramer, *The Early Post-Stalin Succession Struggle and Upheavals in East-Central Europe. Internal-External Linkages in Soviet Policy*, Teil 1, in: *Journal of Cold War Studies*, (1999) 1, S. 3–55, hier: S. 14. Teil 2 und 3 dieses Aufsatzes erschienen im *Journal of Cold War Studies*, (1999) 2, S. 3–38, und (1999) 3, S. 3–66.

15 *Tägliche Rundschau* vom 17. 3. 1953, S. 3.

16 Vgl. Viktor Knoll/Lothar Kölm (Hrsg.), *Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU vom Juli 1953. Stenographischer Bericht*, Berlin 1993, S. 76; Erklärung Molotovs am 2. Juli 1953.

17 Vgl. M. Kramer (Anm. 14).

18 Vgl. M. Lemke (Anm. 11), S. 254–257.

19 Alfons Schilcher (Hrsg.), *Österreich und die Großmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955*, Wien 1980, S. 166.

Frage zu überdenken, und warnte den Ministerpräsidenten, „dass in der gegenwärtigen internationalen Situation eine isolierte Entscheidung betreffend den österreichischen Vertrag zum Nachteil der Sowjetunion“ sei. Molotov fügte am 3. Juni hinzu, es sei „unangemessen, unsere Position in bezug auf eine solch wichtige Frage [wie den österreichischen Staatsvertrag, J. L.] zu ändern, bevor wir die Position der drei Mächte hinsichtlich dieser und vieler anderer Fragen kennen.“²⁰ Trotzdem konnte Molotov vertrauensbildende Maßnahmen in Bezug auf Österreich nicht verhindern, die viel weiter gingen als die für Deutschland erwogenen. Nicht nur für die österreichische Bevölkerung war es eine Sensation, als Bundeskanzler Julius Raab am 8. Juni für den folgenden Tag die Aufhebung der Kontrollen an den Demarkationslinien ankündigte.²¹ Auch in der DDR wurde darüber berichtet.²²

Als Mitte April den Vorgaben des Ministerratspräsidiums folgend die Ausarbeitung eines Positionspapiers zur deutschen Frage begann, orientierten sich die leitenden Mitarbeiter des Außenministeriums an der Fortsetzung der stalinischen Notenkampagne auf neuem Niveau. Neue Angebote an den Westen sollten nicht mehr im Alleingang, sondern als Ergebnis offizieller Regierungsverhandlungen zwischen der UdSSR und der DDR unterbreitet werden. In einer deutlich erweiterten Fassung bündelte dieses Papier wenige Tage später kontroverse Vorschläge, die zu diesem Zeitpunkt im Ministerratspräsidium beraten wurden, und zielte gleichermaßen darauf, die DDR durch die erstmalige Einladung einer Regierungsdelegation aufzuwerten und Viermächteverhandlungen durch Maßnahmen zur Ausräumung bestehender Probleme (Auflösung der SKK, Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur DDR, Entlassung „aller“ Kriegsgefangenen – außer den „schweren Fällen“ – und Verkauf der Sowjetischen Aktiengesellschaften/SAG in Deutschland an die DDR-Regierung – mit Ausnahme der Wismut) vorzubereiten. Es war ein höchst ambivalentes Papier, das sowohl eine unmittelbare gesamtdeutsche Lösung aufzeigte (Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung, Wahlen und „baldiger“ Abzug der Besatzungstruppen) als auch die festere Einbindung der DDR in den sowjeti-

schen Block offen hielt (Abschluss eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und wechselseitigen Beistand).²³ Das Positionspapier wurde am 22. April durch Molotov in einem bisher nicht bekannten Gremium zur Diskussion gestellt und bildete den Ausgangspunkt für die nachfolgenden Arbeiten des Außenministeriums am Entwurf eines Regierungsbeschlusses zur deutschen Frage.

Zwischen dem 23. April und dem 3. Mai legten die führenden Deutschlandpolitiker des Außenministeriums Michail Gribanov und Vladimir Semenov in wechselnden Kombinationen zusammen mit den Stellvertretenden Außenministern Jakov Malik und Georgij Puškin vier Entwürfe für diesen Beschluss vor. Diese Papiere zielten auf die politische und wirtschaftliche Stärkung der DDR, schlossen aber zugleich einen gesamtdeutschen Kompromiss mit den Westmächten nicht aus, sondern räumten ihm sogar „gute Aussichten“ ein. Das spektakulärste Angebot (dessen Ablehnung allerdings die Autoren für „sehr wahrscheinlich“ hielten) wurde am 30. April in den Regierungsentwurf eingefügt: Als Garantie für freie Wahlen in ganz Deutschland sollte die UdSSR den vorherigen Abzug aller Besatzungstruppen vorschlagen. In diesem weitgehenden Entwurf sieht Elke Scherstjanoi, die ihn akribisch ediert hat, das „Bemühen um eine Entkrampfung im Verhältnis zu den Westmächten“.²⁴ Auch Gerhard Wettig erkennt darin einen „modifizierten Politikanatz“.²⁵ Was wäre am 17. Juni in der DDR geschehen, wenn die sowjetische Regierung den Westmächten noch Ende April ein neues Angebot mit dem vorgeschlagenen Inhalt unterbreitet hätte?

Derartige Verständigungserwartungen stießen bei Molotov auf grundsätzliche Bedenken. Wahrscheinlich höchst verärgert kritzelte er bereits am 23. April an den Rand des ersten Entwurfs: „missverstehen die zentrale Absicht der drei [Westmächte] – Deutschland auf das bourgeoise Gleis zu ziehen“.²⁶ Dennoch riskierte er es nicht, die Vorschläge zurückzuweisen, sondern leitete am 3. Mai einen vollständig ausgearbeiteten Beschlussentwurf an die Mitglieder des Ministerratspräsidiums und an Nikita Chruščev weiter. Dieses Papier hielt die in den vorangegangenen Entwürfen entwickelten Angebote aufrecht und trieb die Doppelgleisigkeit der stalinschen Deutschland-

20 Vladislav Zubok, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage . . .“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: C. Kleßmann/B. Stöver (Anm. 1), S. 34.

21 Vgl. Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien 1998⁴, S. 223.

22 Vgl. Tägliche Rundschau vom 11. 6. 1953, S. 6.

23 Vgl. Gerhard Wettig, Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr und Sommer 1953, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) 5, S. 495–507, hier: S. 498.

24 E. Scherstjanoi (Anm. 2), S. 512.

25 G. Wettig (Anm. 23) S. 499.

26 V. Zubok (Anm. 20), S. 37.

politik auf die Spitze. Es zielte darauf, die Westmächte unter Durchsetzung eigener Interessen zu einem Kompromiss zu zwingen und gleichzeitig die DDR aufzuwerten. Wie wenig im Außenministerium mit der Annahme dieses erst noch zu unterbreitenden Vorschlags gerechnet wurde, zeigt sich darin, dass die Frage nicht gestellt wurde, was aus den „volksdemokratischen Errungenschaften“ der DDR im Falle der vorgeblich angestrebten Wiedervereinigung werden sollte. Es wurde weder eine Garantie der Bodenreform noch eine Bestätigung der nach 1945 in der SBZ erfolgten Enteignung der NS- und Kriegsverbrecher gefordert.²⁷ Im Ministerratspräsidium kam es am 5. Mai zu der von Molotov offenbar erwarteten Kontroverse, die eine Entscheidung verhinderte. Wahrscheinlich überschritten sich Missverständnisse der doppelten Zielsetzung der stalinschen Deutschlandpolitik mit neuen Alarmmeldungen aus Ost-Berlin. Wenn es unmittelbar nach Stalins Tod die größte Chance zur Ost-West-Verständigung gegeben haben mag,²⁸ so verschloss sie sich in dem Moment, als sich für die sowjetische Führung die Möglichkeit einer Niederlage in Deutschland abzeichnete.

Erst jetzt entschloss sich der Außenminister, einen alternativen Beschluss zu entwerfen, der die deutschlandpolitische Zielsetzung des vorangegangenen Entwurfs nahezu umkehrte. Dieses Papier ist das bisher wichtigste Indiz für die seit Wochen schwelenden Meinungsverschiedenheiten in der sowjetischen Führung in Bezug auf die weitere Deutschlandpolitik. Molotov ließ darin die Gründung der DDR als Ergebnis der sowjetischen Deutschlandpolitik erscheinen und knüpfte an sie ein Bekenntnis zur volksdemokratischen Entwicklung: „Die Hauptaufgabe der Sowjetunion besteht in der unbeirrten Durchführung einer Politik der Festigung der politischen und ökonomischen Positionen der DDR, die sich auf dem Weg der volksdemokratischen Entwicklung befindet und mit jedem Jahr eine kräftigere Stütze für den Frieden in diesem Teil Europas wird.“²⁹ Die Tatsache, dass Molotov diese Grundaussagen – die nach dem 17. Juni 1953 zum selbstverständlichen Allgemeingut sowjetischer Außenpolitik wurden – Anfang Mai 1953 in seinen Entwurf einfügte, sagt etwas über den Verlauf der vorangegangenen Debatte am 5. Mai: Entweder war sich Molotov sicher, für der-

artige Ansichten eine Mehrheit zu finden, oder er wollte damit seine Gegner herausfordern. Jedenfalls suchte Molotov breite Rückendeckung, als er am 10. Mai seinen Entwurf an das Ministerpräsidium und Chrusčev sandte. Diesmal stellte er eine Mappe zusammen, in die er neben seinem Entwurf eine Ausarbeitung Semenovs zur Entwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik,³⁰ einen Bericht des Finanzministers über die Reparationszahlungen Deutschlands, die Besatzungskosten und die Gewinne der SAG, eine dokumentarische Zusammenstellung über die Politik der Westmächte in der deutschen Frage und die letzte Note der Westmächte vom 23. September 1952 legte. Doch zu einer Beratung dieses Entwurfs sollte es vorerst nicht kommen.

Der deutschlandpolitische Dissens fand am 14. Mai 1953 abrupt sein Ende, als im Parteipräsidium ein Bericht Berijas über die Massenflucht aus der DDR³¹ beraten wurde und sich wahrscheinlich erstmals die Frage nach der weiteren Existenz der DDR stellte. Malenkov sah sich später gezwungen, einzugestehen: „Die Analyse der inneren politischen und wirtschaftlichen Situation in der DDR und die Massenflucht der Bevölkerung Ostdeutschlands in den Westen (ca. 500 000 sind bereits geflüchtet!) zeigt mit aller Deutlichkeit, dass wir es mit der Gefahr einer inneren Katastrophe zu tun haben. Wir [sind] verpflichtet, nüchtern der Wahrheit ins Auge zu schauen und anzuerkennen, dass das bestehende Regime in der DDR ohne die Anwesenheit sowjetischer Truppen nicht zu halten ist.“³² Durch diese offensichtlich von allen Mitgliedern des Parteipräsidiums geteilte Einsicht stellte sich sofort eine Einigkeit her, die in Fragen der abstrakten Deutschlandpolitik zuvor im Ministerratspräsidium nicht hatte erreicht werden können. Die Parteiführung bestätigte umgehend zwei Weisungen an die SKK. Die erste betraf die Abbremsung der Genossenschaftspolitik der SED,³³ die zweite kritisierte eine Rede Ulbrichts aus Anlass der Karl-Marx-Feiern in der DDR. Schliesslich wurde die SKK aufgefordert, einen Bericht über die Gründe für die „Republikflucht“ vorzulegen und Vorschläge zur Beendigung des Exodus zu unterbreiten.³⁴

30 Vgl. C. Ostermann (Anm. 2), S. 82–85.

31 Vgl. M. Kramer (Anm. 14), S. 23: Berija an das Präsidium des ZK der KPdSU, 6. Mai 1953.

32 V. Knoll/L. Kölm (Anm. 16), S. 35: Erklärung Malenkovs vor dem ZK der KPdSU am 2. Juli 1953.

33 Čuikov und Judin wurden aufgefordert „to advise Cdes. Ulbricht und Grotewohl in a tactful manner“ „that the process of collectivization in East Germany should be halted for at least the rest of the year“. Vgl. M. Kramer (Anm. 14), S. 24.

34 Vgl. M. Kramer (Anm. 14), S. 24.

27 Vgl. E. Scherstjanoi (Anm. 2), S. 539–543, mit einer die Interpretation irreführenden Datierungsvermutung, die diesen scheinbar verständigungsbereiten Entwurf als Ergebnis der Kontroverse erscheinen lässt.

28 Vgl. Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Cremlins Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge (Mass.) 1996, S. 139.

29 E. Scherstjanoi (Anm. 2), S. 516.

Nach dem 14. Mai entwickelte die DDR-Flüchtlingskrise eine Eigendynamik in Moskau. Unmittelbar nach der Sitzung des Parteipräsidiums erreichte ein Geheimdienstbericht das Außenministerium, der die Massenflucht aus der DDR erstmals „zu einem gewissen Grade“ auf die SED-Politik des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ zurückführte und weitreichende Änderungen (in Bezug auf die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Konsumgüterproduktion und Kirchenpolitik) forderte.³⁵ Kurz darauf traf der am 14. Mai angeforderte Bericht der SKK ein, der weiter gehende wirtschaftliche, administrative und politische Reformen verlangte, jedoch noch keine offizielle Abkehr von der Politik des „beschleunigten Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“.³⁶ Molotov machte sich diese Vorschläge sofort zu Eigen und konnte auf der Sitzung des Parteipräsidiums die deutschlandpolitische Initiative innerhalb der Führung zurückgewinnen. Er nutzte die anfangs als vertrauensbildende Maßnahme vorgesehene Auflösung der SKK, um den Einfluss des Außenministeriums auf die sowjetische Politik in der DDR zu erhöhen. Von einer „Kommission für die Angelegenheiten Deutschlands“, die ursprünglich an die Stelle der SKK treten sollte, war nicht mehr die Rede. Stattdessen wurde jetzt die Entsendung eines Hohen Kommissars durch das Außenministerium beschlossen. Auf Vorschlag Berijas wurde der Apparat des Innenministeriums in Deutschland reorganisiert und durch die Übertragung von Aufgaben an das Ministerium für Staatssicherheit der DDR wesentlich verkleinert. Mit Walter Ulbricht waren alle Mitglieder des sowjetischen Parteipräsidiums unzufrieden. Anlass dazu gaben Informationen Fred Oelßners über die geplanten Feiern zu Ulbrichts 60. Geburtstag.³⁷

Am 27. Mai wurde die Flüchtlingskrise der DDR unter Teilnahme von Chruščev im Ministerratspräsidium beraten. Der noch wenige Tage zuvor heiß umstrittene Entwurf eines Regierungsbeschlusses zur deutschen Frage spielte mit Sicherheit keine Rolle mehr. Jetzt ging es ausschliesslich um die Verhinderung dessen, was Malenkov und alle Mitglieder des Präsidiums für eine „Katastrophe“ hielten. Allerdings sahen sie den damit gemeinten Zusammenbruch der DDR weniger durch einen Aufstand als vielmehr durch die Abwanderung der

DDR-Bevölkerung kommen. Beraten wurden Maßnahmen der UdSSR und Empfehlungen an die SED zur „Gesundung“ der Lage in der DDR. Wahrscheinlich erschien Molotov bereits in dieser Sitzung mit einem von Semenov vorbereiteten Beschlussentwurf.³⁸ Aber auch andere Regierungsmitglieder dürften eigene Vorschläge „Zur Lage in der DDR“ auf der Ministerratsitzung eingebracht haben. In diesen Empfehlungen wurden ideologische Grundfragen der sozialistischen Revolution berührt, die weniger zum Streit als vielmehr zu einer langen und womöglich hitzigen Diskussion in diesem Gremium führten, deren Mitglieder sich als führende Parteitheoretiker fühlten. Verglichen mit den am 15./18. Mai unterbreiteten Vorschlägen und dem endgültigen Beschluss des Ministerrats vom 2. Juni nahm der undatierte Entwurf Semenovs eine Mittelstellung ein. Zwar war bereits in diesem Entwurf die fundamentale Feststellung enthalten: „Die Hauptursache der ungünstigen Lage in der DDR besteht in dem unter den gegenwärtigen Bedingungen falschen Kurs auf den forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR“, doch fehlten wichtige Maßnahmen und Empfehlungen, die erst der Beschluss vom 2. Juni vorsah, die also höchstwahrscheinlich durch Malenkov, Berija oder andere Mitglieder der Regierung eingebracht wurden; dazu gehörte die sofortige Beendigung aller Kampfmaßnahmen gegen die Kirchen in der DDR. Wahrscheinlich war es Malenkov, der die Aufnahme der deutschlandpolitischen Aufgabenstellung durchsetzte (Kampf für die Wiederherstellung der nationalen Einheit).³⁹

Die Einigung auf einen gemeinsamen Beschlussentwurf dürfte am 27. Mai nie gefährdet gewesen sein, denn höchstwahrscheinlich wurde bereits auf dieser Sitzung vereinbart, die SED-Führung für den 2. Juni vorzuladen.⁴⁰ In zwei Gesprächen mit Malenkov, Berija, Molotov, Chruščev, Bulganin, Mikojan und Kaganovič (in dieser Rangfolge notierte Grotewohl die Namen der sowjetischen Führung) waren für die deutschen Genossen Differenzen innerhalb der sowjetischen Führung oder

35 Vgl. C. Ostermann (Anm. 2), S. 97–99: Bericht des Innenministeriums an den Leiter der Dritten Europäischen Abteilung, Semenov, vom 15. Mai 1953.

36 Vgl. C. Ostermann (Anm. 2), S. 100–109: Čuikov, Judin und Il'ičev an Malenkov, 18. Mai 1953.

37 Vgl. M. Kramer (Anm. 14), S. 26.

38 Vgl. E. Scherstjanoi (Anm. 2), S. 543–546. Ein Vergleich mit den mittlerweile bekannten Vorschlägen vom 15. Mai (Anm. 35) und vom 18. Mai (Anm. 36) zeigt, dass alle durch Semenov angeregten Maßnahmen bereits am 15./18. Mai vorgeschlagen wurden.

39 Vgl. Christian Ostermann, *The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953*. Unveröff. „Document Reader“ für eine Konferenz in Potsdam vom 10. bis 12. November 1996, Dok. 10.

40 Vgl. Andrea Görldt, Rudolf Herrstadt und Wilhelm Zaisser. *Ihre Konflikte in der SED-Führung im Kontext innerparteilicher Machtsicherung und sowjetischer Deutschlandpolitik*, Frankfurt/M. 2002.

gar eine schwankende Haltung Berijas nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Letzterer forderte explizit, die Fehler, die alle gemacht hätten, „rasch und kräftig [zu] korrigieren“.⁴¹ Als Ulbricht, Grotewohl und Oelßner zusammen mit dem zum Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland ernannten Vladimir Semenov am 4. Juni nach Berlin zurück reisten, schien die sowjetische Krisenintervention erfolgreich beendet. Semenov informierte minutiös über Erfolge und Schwierigkeiten der Umsetzung des in Moskau beschlossenen Neuen Kurses durch die SED. Molotov drängte, die politische Neuorientierung vollständig durchzusetzen. Noch am 16. Juni forderte er die Auflösung aller Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die unter Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit gebildet, lebensunfähig oder unprofitabel waren.⁴²

Als die sowjetische Führung am 17. Juni über die Unruhen in Ost-Berlin informiert wurde, war sie völlig überrascht. Wären zu diesem Zeitpunkt noch Differenzen über die notwendigen Schritte vorhanden gewesen, hätte sich ihre Reaktion erheblich verzögert. Doch das Gegenteil war der Fall. Man traf sich am Vormittag des 17. Juni wahrscheinlich außerhalb der regulären Gremien und entschied kurz und entschlossen. Molotov berichtet: „Es gab den Beschluss, Panzer einzusetzen und [den Aufstand] niederzuschlagen. (...) Ich kann mich erinnern, dass beschlossen wurde, unterschiedliche Maßnahmen zu ergreifen, keinerlei Aufstand zuzulassen, [ihn] in schonungslosester Weise niederzuschlagen. Zuzulassen, dass die Deutschen gegen uns rebellieren?! Alles wäre ins Wanken geraten, die Imperialisten wären in die Offensive gegangen, dies hätte eine vollständige Niederlage bedeutet. Als uns die Informationen über die Ereignisse in der DDR erreichten, gehörte Berija zu den ersten, die sagten: [Niederschlagen.] Unbedingt! Erbarmungslos! Unverzüglich!“⁴³

Die Einzelheiten der sowjetischen Intervention wurden bereits mehrfach aus verschiedenen Perspektiven geschildert.⁴⁴ Die Berichte der sowjetischen Vertreter in Ost-Berlin sind nahezu lückenlos offen gelegt und leicht verfügbar.⁴⁵ Die

Verwirklichung der von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen (verstärkte Wirtschafts- und Lebensmittelhilfe für die DDR) wurde in Moskau mit größter Gewissenhaftigkeit kontrolliert.⁴⁶

Die Entwicklung der Flüchtlingskrise zu einer Volkserhebung gegen Diktatur und Fremdherrschaft⁴⁷ spielte Molotov und all jenen in die Hände, die sich seit Stalins Tod um eine Klärung der sowjetischen Deutschlandpolitik, um ihre eindeutige Orientierung an der inzwischen verfestigten Realität zweier deutscher Staaten bemühten. Molotovs auf die DDR fixierte deutschlandpolitische Linie, die sich in den Wochen vor der Volkserhebung herauskristallisiert hatte, setzte sich durch. Schon am 2. Juli konnte er vor dem ZK-Plenum der KPdSU dozieren: „Für uns Marxisten war und bleibt es klar, dass es unter den gegebenen Umständen, das heißt unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche, eine Illusion wäre, von der Perspektive ausgehen zu wollen, ein bürgerliches Deutschland würde sich gegenüber der UdSSR friedliebend oder neutral verhalten können. Mehr noch, dies würde den faktischen Übertritt auf Positionen bedeuten, die dem Kommunismus fremd sind.“⁴⁸ In dieser von Molotov vorgegebenen Richtung ging die sowjetische Deutschlandpolitik in den folgenden Jahren axiomatisch von der Fortexistenz der DDR aus und akzeptierte mit der Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland 1955 die Existenz zweier Staaten in Deutschland.

Der „inneren Staatsgründung“ der DDR im Ergebnis der Volkserhebung am 17. Juni⁴⁹ war ein außenpolitischer Klärungsprozess in der UdSSR vorausgegangen. Die Hunderttausende, die 1953 in Städten und Gemeinden der DDR spontan auf die Straße gingen, ahnten diese Zusammenhänge nicht. Sie hofften, an der Siegermacht vorbei ihre Probleme und möglichst auch die deutsche Frage lösen zu können. Sie hätten es jubelnd begrüßt, wenn die UdSSR aus Deutschland herausgedrängt worden wäre. Doch es kam anders. Der Juni-Aufstand sprengte nicht die Verhältnisse, gegen die er sich richtete, sondern festigte sie.

41 C. Ostermann (Anm. 39), Dok. 11.

42 Vgl. M. Kramer (Anm. 14), S. 24: Entwurf einer Weisung an Mirošničenko, 16. Juni 1953.

43 F. Čuev (Anm. 7), S. 345–346.

44 Vgl. zuletzt u.a. Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wölle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 167–178.

45 Vgl. die gemeinsame Website der Bundeszentrale für politische Bildung/Deutschland Radio/Zentrum für Zeit-historische Forschung: <http://www.17juni53.de>.

46 Vgl. Jan Foitzik, Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren. Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: Deutschland Archiv, 33 (2000) 1, S. 32–49.

47 Vgl. Klaus Schröder, Volkserhebung gegen Diktatur und Fremdherrschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 6. 1997, S. 11.

48 V. Knoll/L. Kölm (Anm. 16), S. 78.

49 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wölle, Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.

Der 17. Juni 1953 und die Medien

Dieter Borkowski, in den Gründerjahren der Freien Deutschen Jugend (FDJ) einer der Mitarbeiter von deren Vorsitzendem Erich Honecker, war als ehrenamtlicher Funktionär am 16. Juni 1953 in das Gebäude des FDJ-Zentralrats in Berlin beordert worden, um es gegen „Überfälle von Konterrevolutionären“ zu sichern.¹ Gegen Mittag erschienen Honecker und seine Ehefrau Margot. In der Erinnerung Borkowskis empörte sich Honecker über die Anwesenden, weil sie angespannt die Berichterstattung des RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) verfolgten: „Das ist eine unerhörte Provokation“, schnarrt Erich, „ihr geht natürlich dem Klassengegner auf den Leim!“ Margot, seine junge Frau muß dabei lachen. „Aber Erich“, meint sie, „wer soll uns denn informieren, wenn die DDR-Sender nur Paul-Lincke-Operetten-Melodien spielen?“²

Im Politbüro ging die vergebliche Hoffnung, die Demonstranten würden es mit der Kundgebung vor dem Haus der Ministerien belassen, mit existentiellen Ängsten und Hilflosigkeit einher. Die SED-Führung versuchte zunächst, die auch in den Bezirken von Partei- und FDJ-Funktionären verfolgte Berichterstattung des RIAS als übertrieben darzustellen und abzuwiegeln.³ SED-Generalsekretär Walter Ulbricht berief am Abend des 16. Juni eine so genannte Parteiaktivtagung mit Berliner SED-Funktionären und -Agitatoren in den Friedrichstadt-Palast ein, um die zuvor vom Politbüro beschlossene Rücknahme der Normenerhöhungen zu erläutern. Ohne auf die Ereignisse des Tages einzugehen, forderte Ulbricht, mit der bisher praktizierten Methode des Administrierens und der Kritik von oben müsse Schluss gemacht und statt dessen Selbstkritik und Kritik von unten gefördert werden.⁴ Die Konferenz dauerte bis 22 Uhr. Sie verfehlte deshalb ihren eigentlichen Zweck, denn die Teilnehmer konnten niemanden

mehr in ihren Betrieben erreichen und informieren. Die Belegschaften hatten sich in der Zwischenzeit ungestört auf den geplanten Generalstreik am nächsten Morgen vorbereiten können.⁵ Die der Anleitung der SED-Agitationsbürokratie unterworfenen Medien erhielten offenkundig ebenfalls keine Instruktionen, sodass sie am 17. Juni – abgesehen von der Verkündung des Ausnahmezustandes über Hörfunksender – in Sprachlosigkeit verfielen.

Die Berichterstattung am 16. und 17. Juni

Die Initialzündung zur Explosion des Pulverfasses lieferten nicht westliche „Agentenzentralen“, sondern am 16. Juni ein Zeitungsartikel von Otto Lehmann, dem Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes, im Gewerkschaftsorgan „Tribüne“. Er stellte unmissverständlich fest, die vom Politbüro und dem Ministerrat am 9. und 11. Juni beschlossenen Normenerhöhungen seien „in vollem Umfang richtig“ und zu befolgen.⁶ Spontan beschlossen daraufhin die Bauarbeiter im Block 40 der Stalinallee, ihre beiden am Vortag gewählten Delegierten, die Ulbricht oder Ministerpräsident Otto Grotewohl eine Protestresolution überbringen sollten, aus Sicherheitsgründen nicht mehr allein auf den Weg zu schicken. Die Lawine kam ins Rollen.

Hanns-Werner Schwarze, damals Leiter der Nachrichtenabteilung des RIAS, erstattete am 23. Juni einen zusammenfassenden Bericht über die Informationssendungen zum Verlauf des Aufstands.⁷ Danach erwähnte der RIAS schon am 15. Juni um 19.30 Uhr kurzfristige Proteststreiks auf den Ost-Berliner Baustellen Krankenhaus Friedrichshain und Stalinallee Block 40. Diese Meldung, die mehrfach bis zum nächsten Morgen wiederholt

1 Dieter Borkowski, Für jeden kommt der Tag... Stationen einer Jugend in der DDR, Frankfurt/M. 1983, S. 315.

2 Ebd., S. 316. Vgl. dazu auch Karl Wilhelm Fricke, Erich Honecker und der 17. Juni, in: Ilse Spittmann/ Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR (Edition Deutschland Archiv), 2., erw. Aufl., Köln 1988, S. 115–120.

3 Vgl. Heinz Lippmann, Honecker. Portrait eines Nachfolgers, Köln 1971, S. 159.

4 Vgl. Neues Deutschland vom 17. 6. 1953, S. 1.

5 Vgl. H. Lippmann (Anm. 3).

6 Axel Bust-Bartels, Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/1980, S. 24–54, hier: S. 44.

7 Dieser Bericht, aus dem im Folgenden zitiert wird, ist veröffentlicht in: Manfred Rexin (Hrsg.), Radio-Reminiszenzen. Erinnerungen an RIAS Berlin, Berlin 2002, S. 444–448.

wurde, übernahmen zunächst weder die Agenturen noch die Zeitungen in West-Berlin, da sie am Wahrheitsgehalt zweifelten. In den Vormittagsstunden des 16. Juni erreichten den Sender telefonische Situationsberichte und Agenturmeldungen, welche die Nachrichtenredaktion ungeachtet der unvollständigen Informationslage um 13.30 Uhr zu dieser Meldung zusammenfasste: „Im sowjetischen Sektor kam es heute zu Demonstrationen der Arbeiter des VEB Industriebau, die gegen die zehnprozentige Normenerhöhung protestierten. Den Demonstranten, die durch die Stalinallee zogen, schlossen sich zahlreiche Berliner an. Bereits gestern war es auf mehreren Baustellen dieses Betriebes zu Proteststreiks gekommen. Das Ausmaß der heutigen Protestaktionen ist zur Stunde noch nicht abzusehen.“

Drei Stunden später, um 16.30 Uhr, berichtete der RIAS als erster deutscher Sender eingehend über den Demonstrationzug durch Ost-Berlin und die Vorgänge am Haus der Ministerien. Nach der nächsten ausführlichen Informationsendung um 19.30 Uhr wurde in den folgenden 24 Stunden in jeder Nachrichtensendung eine Meldung über eine von der Chefredaktion redigierte und abgeschwächte Resolution von Ost-Berliner Bauarbeitern gebracht. Diese waren am Nachmittag im Funkhaus erschienen, um ihren Text selbst vor dem Mikrofon zu verlesen und zum Generalstreik aufzurufen. Dies untersagte jedoch telefonisch der Hochkommissar der Vereinigten Staaten in Deutschland, James B. Conant, dem amerikanischen RIAS-Direktor Gordon A. Ewing. An dieses Verbot musste sich auch der West-Berliner DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski in seiner mehrfach über den RIAS verbreiteten Solidaritätserklärung an die Adresse der Demonstranten halten. Deshalb blieb es bei einer indirekten Wiedergabe der Bauarbeiter-Resolution, in der es unter anderem hieß: „Die Arbeiter werden von der Möglichkeit [zu streiken, G. H.] jederzeit wieder Gebrauch machen, wenn die Organe des Staates und der SED nicht unverzüglich folgende Maßnahmen einleiten: erstens, Auszahlung der Löhne nach den alten Normen schon bei der nächsten Lohnzahlung, zweitens, sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten, drittens, freie und geheime Wahlen, viertens, keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher.“ Ab 22 Uhr begann der RIAS auch über widerständiges Verhalten in den DDR-Bezirken zu berichten, was in den anderen westlichen Medien anfangs völlig unterblieb. Die halbstündlichen Nachrichtensendungen des RIAS am 17. Juni waren ausschließlich den Ereignissen in Ost-Berlin und in der DDR gewidmet. Hinzu kamen Solidaritäts-

bekundungen bundesdeutscher Politiker und Gewerkschaftler. Abschließend vermerkte Hanns-Werner Schwarze in seinem Tätigkeitsbericht: „Bis zum 20. 6. einschliesslich nahm die Berichterstattung über die Vorgänge und ihr Echo 90 Prozent aller unserer Nachrichtensendungen ein, während andere Rundfunksender schon längst zur Tagesordnung übergegangen waren. Die Sondersendungen, mit deren Hilfe unsere Hörer stündlich, beziehungsweise später alle 90 Minuten über die Geschehnisse informiert wurden, sind erst am Sonntag, dem 21. 6., wieder eingestellt worden.“

Das Berliner Studio des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) und dessen Hamburger Redaktion hielten sich am 16. Juni in ihrer Berichterstattung und Kommentierung noch merklich zurück, denn ein Aufstand gegen das SED-Regime erschien vielen westlichen Beobachtern immer noch unvorstellbar. Man glaubte – wie zunächst auch Bundeskanzler Konrad Adenauer – eher den Spekulationen einiger Nachrichtenagenturen und Zeitungen, wonach die Demonstration am Morgen des 16. Juni von der SED oder den Sowjets inspiriert und gelenkt worden, jedoch außer Kontrolle geraten sein könnte – eine These, die der „Spiegel“ noch in seiner Ausgabe vom 22. Juni vertrat.⁸ Es ist denkbar, dass Ulbricht den kompromisslosen, streikauslösenden „Tribüne“-Artikel vom 16. Juni selbst in Auftrag gegeben hat, doch falls dies der Fall gewesen sein sollte, geschah es vermutlich zur Disziplinierung seines Opponenten im Politbüro, des Chefredakteurs von „Neues Deutschland“ Rudolf Herrnstadt. Der hatte zwei Tage zuvor die Veröffentlichung der

8 Vgl. dazu: Manfred Regin, Der 16. und 17. Juni in West-Berlin, in: Deutschland Archiv, 26 (1993) 8, S. 985–994, hier: 986 f. Harsche, gleichwohl zutreffende zeitgenössische Kritik an der Berichterstattung des „Spiegel“ übten die Journalisten Klaus Harpprecht (unter dem Pseudonym Stefan Brant) und Klaus Bölling: „Skepsis und Mißtrauen waren am ersten Tag verzeihlich. Sie waren es nicht mehr am 5. Tag, als das westdeutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel detaillierte Beweise zu liefern vorgab, nach denen die Demonstranten des 16. von den Sowjets organisiert und erst später von Westberliner Stoßtruppen in eine falsche Richtung (nämlich zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße und damit zur Revolution) gedrängt worden seien: eine Darstellung, die sich peinlich genau in die Linie fügte, die nach dem 17. Juni von der inoffiziellen sowjetischen Nachrichten- und Gerüchtopolitik eingeschlagen wurde. (Die große Leserschaft des Spiegel, die sich vor allem aus halbintellektuellen Kreisen rekrutiert, konnte das nicht wissen.) Noch Wochen und Monate nach dem Aufstand begegnete man in Westdeutschland oft genug der Spiegel-Version, zumal das Blatt zwar den verantwortlichen Korrespondenten entließ, jedoch die Veröffentlichung eines Dementis nicht für nötig erachtete.“ Stefan Brant unter Mitarbeit von Klaus Bölling, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954, S. 110.

Reportage „Es wird Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen“ im SED-Zentralorgan veranlasst, in der das unsensible Verhalten eines Parteisekretärs gegenüber den Bauarbeitern an der Stalinallee heftig kritisiert worden war.⁹ Herrstadt verlor einen Monat darauf seine Ämter und wurde später aus der SED ausgeschlossen. Vorgeworfen wurden ihm „Fraktionsbildung“ mit Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser, aber auch die ohne seine Mitwirkung am 30. Juni erfolgte Veröffentlichung eines bemerkenswerten ND-Interviews mit Justizminister Max Fechner. Der kurz darauf verhaftete Minister hatte das Streikrecht für verfassungsrechtlich geschützt erklärt und hinzugefügt, Streikende, die keine Verbrechen begangen hätten, würden auch nicht bestraft werden.¹⁰

In West-Berlin erschienen am Nachmittag des 16. Juni die ersten, teilweise gratis verteilten Extrablätter. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 17. Juni lauteten: „Ostberlin in Aufruhr – Demonstrationen bis in die Nacht – Tausendfacher Ruf: Freie Wahlen“ („Telegraph“) oder „Ostsektor heute in hellem Aufruhr – Rotarmisten fahren mit Panzern auf – Empörte Arbeiter lynchen SED-Funktionär – Vopo fährt mit Lkw in die Menge“ („Kurier“). Das „Neue Deutschland“ konterte am selben Tag mit einem kurzen Bericht über „Provokationen von westberliner Kriegshetzern im demokratischen Sektor Berlins“. Dieser Kurzbericht war zwar auf der ersten Seite platziert, befand sich jedoch unter einem langatmigen Artikel über die Parteiaktivtagung vom Vorabend und neben der Erklärung des Politbüros zur Rücknahme der Normenerhöhung. Im ND-Bericht fand sich erstmals die in der DDR-Publizistik anschließend bis zum Überdruß strapazierte Sprachregelung, nach der „Gruppen von aus Westberlin eingeschleusten Provokateuren“ „Zwischenfälle“ verursacht hätten, „um die angestrebte Verständigung zwischen den Deutschen zu torpedieren“. Dabei hätten sich die „Agenten“ eines Teils der Berliner Bauarbeiter bedient und sie zu einer Demonstration veranlasst. Am Abend seien dann „große Gruppen faschistischer Jugendlicher aus Westberlin in den demokratischen Sektor“ eingedrungen. Sie hätten versucht, Zerstörungen in der Stalinallee anzurichten, wogegen die Bevölkerung gemeinsam mit der Volkspolizei eingeschritten sei.

9 Vgl. dazu Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 195 f.

10 Vgl. dazu Rudolf Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg., eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stulz-Herrstadt, Reinbek 1990, S. 144 ff.

Fazit des ND-Berichts: „Die Auffassung, daß man im demokratischen Sektor ungestraft randalieren kann, erwies sich als irrig.“

Da sich die DDR-Hörfunksender über den Gang der Ereignisse zunächst in Schweigen hüllten, war die Bevölkerung vor allem auf die in weiten Teilen des Landes zu empfangenden RIAS-Sendungen angewiesen. Nach amerikanischen Schätzungen sollen damals 70 Prozent der Ostdeutschen RIAS-Hörer gewesen sein.¹¹ Daneben informierte sich die DDR-Bevölkerung über den NWDR, den deutschsprachigen Dienst der BBC und im Süden der DDR über die Sender des Hessischen sowie des Bayerischen Rundfunks. Das Fernsehen steckte in beiden Teilen Deutschlands noch in den Kinderschuhen und konnte praktisch keinen Einfluss auf das Geschehen nehmen, denn 1953 waren in der DDR lediglich ca. 600 Fernsehgeräte angemeldet, während es in der Bundesrepublik und in West-Berlin ca. 10 000 Geräte gab. Überraschend schnell für die damaligen technischen Möglichkeiten brachte das ARD-Fernsehen am Abend des 17. Juni erstmals einen tagesaktuellen, auf Zuschauerwunsch mehrfach wiederholten selbst produzierten Filmbericht – zuvor hatte man ausschließlich mit Wochenschau-Filmmaterial gearbeitet.¹² Der Aufstand war allerdings zum Zeitpunkt der Ausstrahlung schon niedergeschlagen.

Das DDR-Fernsehen reagierte am 17. Juni überhaupt nicht auf die Tagesereignisse. Der „Aktuellen Kamera“ folgte im Abendprogramm der zwölfminütige Film „Erbauer des besseren Morgen: Erwin Fenskes Brigade ist auf dem richtigen Wege“, danach der Spielfilm „Die lustigen Weiber von Windsor“ und eine Nachtmusik. Die erste Reaktion auf den Volksaufstand bestand am 18. Juni aus einem Kommentar Karl-Eduard von Schnitzlers, der zwar „grobe Fehler bei der Normenerhöhung“ einräumte, aber zugleich von „gekauftem Abschaum der West-Berliner Unterwelt“ sprach, der einen „Anschlag auf die Existenz, auf die Arbeitsplätze, auf die Familien unserer Werktätigen versucht“ habe. Am 17. Juni strahlte die „Tagesschau“ ein Interview mit dem

11 Vgl. Christian Ostermann, „Die Ostdeutschen an einen langwierigen Kampf gewöhnen“. Die Vereinigten Staaten und der Aufstand vom 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv, 30 (1997) 3, S. 350–368, hier: S. 351.

12 Die folgenden Angaben beruhen auf dem Vortragsmanuskript Peter von Rüdens vom 5. Dezember 2002 „Der 17. Juni 1953 in aktuellen Sendungen der ARD und des DDR-Fernsehens“. Der Vortrag wurde auf einem Symposium gehalten, das in Hamburg von der Historischen Kommission der ARD und dem Hans-Bredow-Institut über historische Daten der deutsch-deutschen Fernsehgeschichte veranstaltet wurde. Ein Tagungsband ist geplant.

Vorsitzenden der Ost-CDU Otto Nuschke aus. Er war während einer Inspektionsfahrt durch den Ostsektor mit seinem Wagen von Demonstranten an der Oberbaumbrücke in den amerikanischen Sektor Berlins abgedrängt worden. Daraus ergab sich eine wohl einzigartige Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Berliner NWDR-Fernsehteam und dem RIAS-Reporter Peter Schultze. Da es technisch noch nicht möglich war, Bild und Ton synchron aufzunehmen, unterlegte man den Film mit dem Ton des RIAS-Interviews. Nuschke bestätigte darin, der „Tribüne“-Artikel vom 16. Juni sei der „Zünder“ für die „Erregungswelle“ gewesen.¹³

Die RIAS-Legende

Ostdeutsche Autoren behaupteten bis zum Ende der DDR, der „Tag X“ sei von „imperialistischen Regierungen und Geheimdiensten lange und gründlich vorbereitet“ und insbesondere vom RIAS organisiert worden. Der Sender habe offen und unverschlüsselt Direktiven zur Durchführung des „konterrevolutionären Putsches“ an seine hauseigenen Spione verbreitet.¹⁴ Bis in die jüngste Zeit wird an der Legende festgehalten: Der damalige Chefredakteur des RIAS Egon Bahr habe manches vergessen, wenn man an „die chiffrierten und direkten Anweisungen denke, die der RIAS ausstrahlte“.¹⁵ Bahr widerspricht solchen Unterstellungen entschieden. Er sei sich mit seinem deutschen Programmdirektor Eberhard Schütz stets einig gewesen, Ansinnen von amerikanischer oder deutscher Seite zurückzuweisen, verschlüsselte Botschaften über den Sender laufen zu lassen.¹⁶ Allerdings konzidiert Bahr, der RIAS sei durch seine umfassende Berichterstattung, ohne es zu wissen und zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes geworden: „Der Haß der SED auf den RIAS war verständlich. Die Verschwörungstheo-

13 Für den Wortlaut des Interviews, das auch von anderen westdeutschen Hörfunksendern übernommen wurde, vgl. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953 (Faksimilierter Nachdruck des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Bonn o. J.), S. 44 f.

14 Gerhard Keiderling, Berlin 1945–1986. Geschichte einer Hauptstadt, Berlin (Ost) 1987, S. 532. Vgl. dazu auch: Heinz Heitzer, DDR. Geschichtlicher Überblick, 5., durchges. Aufl., Berlin (Ost) 1989, S. 110 f.

15 Günter Manz, Aufstieg und Fall des Landes DDR. Erinnerungen & Ansichten, Berlin 2002, S. 80. Vgl. dazu auch Hans Bentzien, Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe, Berlin 2003, S. 121–130.

16 Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 76.

rie, die Anschuldigungen, wir hätten das bewußt herbeigeführt: Quatsch.“¹⁷

Die Rolle als wichtigstes Kommunikationsmedium der DDR-Bevölkerung, die der RIAS beim Juni-Aufstand im Wesentlichen allein zu spielen hatte, ähnelt derjenigen der bundesdeutschen Fernseh- und Hörfunksender während der demokratischen Revolution im Herbst 1989. Diese wurde deshalb gelegentlich abwertend als „Medienrevolution“ bezeichnet. Geflissentlich übersah man dabei, dass die Westmedien 1953 wie 1989 lediglich ihrer Informationspflicht nachkamen; die Gründe für den Ausbruch des Volkszorns lieferten jedoch ausschließlich die Verantwortlichen im DDR-Partei- und Staatsapparat. Die mehrfache RIAS-Austrahlung der Mahnung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser „an jeden Bewohner der Sowjetzone“,¹⁸ sich nicht durch unbedachte Handlungen in Gefahr zu bringen, dürfte noch größeres Unheil und Blutvergießen verhindert haben. Die Weigerung des RIAS, einen Aufruf zum Generalstreik zu senden (der vermutlich in der DDR befolgt worden wäre), trug ihm im Nachhinein im Westen und bei enttäuschten DDR-Bürgern Kritik ein. Doch das Risiko einer Eskalation wäre zu groß gewesen: Ein militärischer Konflikt zwischen den Westmächten und den Sowjets wäre ebenso möglich gewesen wie ein noch größeres Blutbad – vergleichbar dem, das drei Jahre später bei der Niederschlagung des ungarischen Aufstands stattfand.

Die von der SED-Propaganda verbreitete Legende vom angeblich extern geplanten Juni-Aufstand löste sich nach der Öffnung der DDR-Archive in Luft auf. Die SED-Führung wusste vom MfS, dass es keine Fernsteuerung gegeben hat. Zutreffend ist indes: „Einzig der RIAS bleibt unfreiwillig als Täter übrig: Seine politisch zwar abwiegende, aber intensive und sympathisierende Berichterstattung mobilisierte die Provinz.“¹⁹ Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, der RIAS sei Drahtzieher eines „faschistischen Putschversuches“ gewesen.

So grotesk es angesichts der SED-Propagandafloskeln auch klingen mag – ausgerechnet am 16. Juni 1953, als RIAS-Direktor Gordon A. Ewing mit der Koordinierung der Berichterstattung vollauf ausgelastet war, musste er Abgesandten des Senators

17 Ebd., S. 80. *Anm. der Red.*: vgl. auch den einleitenden Essay von Egon Bahr in dieser Ausgabe.

18 Ilse Spittmann, Der 17. Juni im Wandel der Legenden, in: I. Spittmann/ K. W. Fricke (Anm. 2), S. 126.

19 Dies., Zum 40. Jahrestag des 17. Juni, in: Deutschland Archiv, 26 (1993) 6, S. 635–639, hier: S. 636.

Joseph McCarthy erklären, dass er keinen „unamerikanischen Umtrieben“ Vorschub geleistet hatte. Man hielt Ewing unter anderem fälschlicherweise vor, er habe Trauermusik nach der RIAS-Meldung über Stalins Tod am 5. März 1953 auflegen lassen.²⁰ Während die Untersuchung gegen Ewing später eingestellt wurde – leitende deutsche Mitarbeiter des Senders, darunter Egon Bahr und Gerhard Löwenthal, solidarisierten sich mit ihm und drohten ihre Kündigung an –, betrachtete sich der 1953 in den RIAS eingetretene Klaus Bölling ein Jahr später als das einzige Opfer McCarthys im Sender.²¹ Bölling wurde entlassen, weil er bis 1947 KPD- beziehungsweise SED-Mitglied gewesen war und in der Gründungsphase der von Erich Honecker herausgegebenen FDJ-Zeitschrift „Neues Leben“ wenige Monate der Schriftleitung angehört hatte. Seine spätere „Bewährung“ in der Redaktion des „Tagesspiegel“ entlastete ihn nicht. Der liberal eingestellte Ewing setzte sich vergeblich für Bölling beim Hochkommissar Conant ein, doch er beschäftigte ihn stillschweigend weiterhin als freien Mitarbeiter.

„Tauwetter“-Episode

In den ersten Tagen und Wochen nach dem Volksaufstand fand in den DDR-Medien vor dem Hintergrund des Machtkampfes im SED-Politbüro ein absurdes Schauspiel statt. Es spielte sich auf drei Ebenen ab: Zum einen publizierte man eine Fülle von teilweise manipulierten Ergebnisadressen an die Partei, unterzeichnet von prominenten Künstlern und Wissenschaftlern sowie von Arbeitskollektiven. Zum anderen strickte man hartnäckig an der Legende, westliche „Agentenzentralen“ hätten Schlägertrupps gezielt nach Ost-Berlin geschickt, um den Aufstand auszulösen. Zahlreiche Presseberichte über verhaftete und verurteilte „westberliner Provokateure“ sollten dies belegen. Da man sie jedoch für die Demonstrationen in den Bezirksstädten schlecht verantwortlich machen konnte, griffen die Medien – wie im Fall der von den Aufständischen aus dem Gefängnis in Halle befreiten angeblichen „SS-Kommandeuse“ Erna Dorn²² – vorzugsweise auf verhaftete mut-

maßliche oder tatsächliche ehemalige NSDAP-Mitglieder zurück, um die Mär vom „faschistischen Putsch“ glaubhaft zu machen. Drittens inszenierte man eine „Fehlerdiskussion“ mit bemerkenswerten, aber prinzipiell folgenlosen Selbstkritiken von Medienmachern und -verantwortlichen, die den realisierten guten Vorsätzen im „Medienfrühling“ um die Jahreswende 1989/90 verblüffend ähnelten.

Der Schriftsteller Erich Loest, der noch am 21. Juni im „Neuen Deutschland“ einen flammenden Artikel gegen den West-Berliner „Abschaum“ veröffentlicht hatte, der die „Arbeiter des demokratischen Sektors vor den Kriegskarren ihrer Hintermänner zu spannen“ versucht habe, wandte sich wenige Tage später leidenschaftlich, wenn auch parteilich gegen die Beschönigungen und Verharmlosungen in der Berichterstattung der Parteipresse.²³ Das Negative sei verschwiegen und das Positive aufgebauscht worden. Über die kurzen, dem 17. Juni vorausgehenden Proteststreiks und deren Ursachen habe man nichts lesen können. Getäuscht worden seien nicht „unsere Feinde“, sondern die „fortschrittlichen Kräfte innerhalb unserer Republik“. Die Redakteure hätten sich „kilometerweit von den Realitäten entfernt“ und ein „gleich lächerliches wie tief beklagenswertes Bild“ geboten – „sie saßen im Elfenbeinturm und schwangen die rote Fahne“. Bald nach der Veröffentlichung dieser Medienschelte fiel Loest in Ungnade. Er verlor den Vorsitz des Leipziger Schriftstellerverbands, und 1957 erfolgte sein Parteiausschluss und die Verurteilung zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe – ein Schicksal, das er später mit Wolfgang Harich teilen sollte, der unter dem Datum des 15. September 1953 detaillierte personelle und strukturelle „Vorschläge zur Verbesserung der Presse“ verfasste, die bezeichnenderweise im MfS-Archiv landeten.²⁴

Solche unmittelbaren Folgen hatten zwei selbstkritische, aufeinander abgestimmte Rundfunkkommentare von Herbert Geßner und Karl-Eduard von Schnitzler vom 8. und 12. Juli 1953 nicht.²⁵

wurde 1994 vom Landgericht Halle für rechtswidrig erklärt und aufgehoben. Vgl. dazu: Hans-Peter Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003, S. 96–103.

²³ Erich Loest, Elfenbeinturm und rote Fahne, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Nr. 27 vom 4. 7. 1953, S. 548f. Vgl. dazu auch ders., Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf, Leipzig 1981/90, S. 215 ff.

²⁴ Veröff. in: Siegfried Prokop, Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997, S. 224 ff.

²⁵ Für den Wortlaut der beiden Kommentare vgl. Gerhard Walther, Der Rundfunk in der Sowjetischen Besatzungszone

20 Vgl. dazu M. Rexin (Anm. 8), S. 989f., und Herbert Kundler, RIAS Berlin. Eine Radio-Station in einer geteilten Stadt, Berlin 1994, S. 189–198.

21 Klaus Bölling, Roy Cohns einziges Opfer im RIAS, in: M. Rexin (Anm. 7), S. 97–99.

22 Im Falle der zum Tode verurteilten und hingerichteten Erna Dorn gab es außer ihren eigenen, vermutlich erpressten Aussagen keinerlei Beweise für ihre Vergangenheit als KZ-Aufseherin oder ihre aktive Teilnahme am Streik. Das Urteil

Schließlich hielten beide sich in ihrer Wortwahl durchaus an die Beschlüsse der ZK-Sitzung vom 21. Juni sowie an die scharfe Kritik des zuständigen ZK-Sekretärs Hermann Axen über die Schönfärberei in der Presse und im Rundfunk.²⁶ Geßner reagierte schuldbewusst: „Man hat uns vor allem Schönfärberei vorgeworfen. Und ich sage: Ja wir haben schöngefärbt. Wir haben zum Beispiel seit geraumer Zeit nur solche Hörerstimmen wiedergegeben, die mit allem, was in der DDR geschah, einverstanden waren. In Wirklichkeit waren Massen von Werktätigen mit einer Reihe von Maßnahmen und vor allem Methoden nicht einverstanden. Wir haben von fehlerhaften Maßnahmen behauptet, sie würden von allen mit großer Zustimmung aufgenommen. Das traf nicht zu. Das muß und wird man schleunigst ändern.“ Von Schnitzler knüpfte an den Kommentar seines Kollegen an und bekannte: „Auch unser Rundfunk hat seit geraumer Zeit Fehler gemacht. (...) Es waren Fehler, die ihre Quellen nicht nur in den Fehlern haben, die unsere Regierung nunmehr mit ihrem Neuen Kurs korrigiert. Sondern wir haben diese Fehler durch Schönfärberei, durch funkische Unbeholfenheit oft noch vergrößert (...).“ Er versprach eine weitgehende Programmreform, die den Unterhaltungscharakter des Hörfunks durch mehr Musik- und weniger belehrende Wortanteile stärker berücksichtigen werde.

Schon im September 1953 sollte diese „Büßerstimmung“ verfliegen sein und die Parteipresse „wieder ein kämpferisches Gesicht“ zeigen – so Fred Oelßner, Politbüromitglied und als Nachfolger Hermann Axens unter anderem für die Medien verantwortlicher ZK-Sekretär.²⁷ Oelßner plädierte zwar für mehr Unterhaltung und Entspannung in den Medien, aber dabei dürfe „keinen Augenblick die grundlegende Aufgabe unserer Presse vernachlässigt werden, die darin besteht, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen und für die aktive Unterstützung dieser Politik zu gewinnen“.²⁸ Vom Hörfunk verlangte Oelßner,

„den RIAS durch die besseren Sendungen unseres Rundfunks aus dem Felde zu schlagen“.²⁹

Tatsächlich entwickelte der Hörfunk in der Folgezeit eine größere Programmvielfalt, und das Angebot der Printmedien erweiterte man durch gefragte Publikumszeitschriften wie den „Eulenspiegel“, „Das Magazin“ oder die „Wochenpost“ (als „Zeitungskind des 17. Juni“³⁰), während einige plump propagandistisch aufgezogene Wochenzeitungen eingestellt wurden. Für kurze Zeit erlebten die DDR-Medien „Taufwetter-“ und Experimentierphasen, die jedoch nicht ohne Konflikte mit der Parteiführung verliefen und letztlich nichts an der fortwährenden Gängelung und Disziplinierung durch die SED-Agitationsbürokratie änderten.³¹

Langzeitwirkungen

Bis zu ihrem Sturz blieb für die SED-Spitze die beim Juni-Aufstand vor aller Welt vollzogene Demontage ihrer angemessenen „führenden Rolle“ ebenso wie die diesbezügliche Berichterstattung bundesdeutscher Hörfunksender ein Trauma. Das inspirierte Fritz Pleitgen zu diesem Szenario: „Was wäre geschehen, wenn das Fernsehen am 17. Juni so allgegenwärtig gewesen wäre wie heute?“ Vielleicht, so Pleitgen in seinem Gedankenspiel, hätte Washington seine Zurückhaltung aufgegeben, und die Sowjets hätten angesichts des Machtkampfs im Kreml amerikanischem Druck nachgegeben, so dass „die Helden des 17. Juni“ schon 1953 die deutsche Einheit hätten erkämpfen können.³²

Als WDR-Chefredakteur verspürte Pleitgen im Herbst 1989 eine Langzeitwirkung des 17. Juni auf sein Berufsverständnis. So habe er Zurückhaltung bei der Kommentierung der Vorgänge in der DDR „gepredigt“, um bloß nicht durch „Maulheldentum die Machthabenden zu blutigen Reaktionen herauszufordern“. Bis zur entscheidenden Leipziger Montagsdemonstration seien deshalb – auch auf Drängen der Bürgerrechtler – „Kampfbegriffe“ wie „17. Juni“ oder „Wiedervereinigung“ in der Berichterstattung der ARD tabu gewesen.³³

Deutschlands, Bonn-Berlin 1961, S. 205 ff. und S. 210 ff. Herbert Geßners meinungsfreudige, jedoch auch widersprüchliche Kommentare verschafften ihm zwar eine gewisse Popularität beim Publikum, sie führten aber zugleich dazu, dass er ins Visier des MfS geriet. Vgl. dazu Helga Wendethiele, Tödliche Zivilcourage. Herbert Geßner – Ein bayerischer Idealist im roten Berliner Rundfunk, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 13 (2003), S. 101–109.

26 Vgl. G. Walther (Anm. 25), S. 71 f.

27 Fred Oelßner, Über die Verbesserung der Arbeit der Presse und des Rundfunks. Referat auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 19. September 1953, Berlin (Ost) 1953, S. 4.

28 Ebd., S. 16 f.

29 Ebd., S. 44.

30 Klaus Polkehn, Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung, Berlin 1997, S. 12 ff.

31 Vgl. Gunter Holzweißig, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002, S. 93 ff.

32 Referat Fritz Pleitgens auf dem in Anm. 12 erwähnten Symposium. Für den Wortlaut vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 12. 2002, S. 40.

33 Ebd.

Egon Bahr

Prof., geb. 1922; 1950–1960 Chefkomentator des RIAS; 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt; 1972–1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1974–1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit; 1977–1981 Bundesgeschäftsführer der SPD; 1984–1994 Direktor des Hamburger Instituts für Friedens- und Sicherheitsforschung.

Anschrift: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin. E-Mail: egon.bahr@spd.de

Veröffentlichungen u. a.: Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, München 1988; Sicherheit von und für Deutschland, München 1991; Zu meiner Zeit. Erinnerungen, München 1996; Deutsche Interessen, München 1998.

Karl Wilhelm Fricke

Dr. phil. h. c., geb. 1929; Publizist.

Anschrift: Dransdorfer Straße 32, 50968 Köln. E-Mail: kwf.koeln@web.de

Veröffentlichungen u. a.: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989³; Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1990²; Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung, Berlin 1997⁴; (zus. mit Roger Engelmann) „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998; Der Wahrheit verpflichtet. Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR, Berlin 2000; (zus. mit Roger Engelmann) Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.

Michael Lemke

Dr. phil., geb. 1944; Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin; Projektbereichsleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Anschrift: Reinhardtstraße 11, 10117 Berlin. E-Mail: lemke@zzf-pdm.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Sowjetisierung und Eigenständigkeit der SBZ/DDR (1945–1953), Köln–Weimar–Wien 1999; (Hrsg. zus. mit Burghard Ciesla und Thomas Lindenberger) Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958, Berlin 2000; Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln–Weimar–Wien 2001.

Marianne Howarth

Prof. Dr., geb. 1945; Dekanin der Faculty of Humanities und Head of Department of Modern Languages, The Nottingham Trent University, Nottingham, U.K.

Anschrift: The Nottingham Trent University, Clifton Lane, Nottingham NG11 8N5, U.K. E-Mail: marianne.howarth@ntu.ac.uk

Veröffentlichungen u. a.: Die Westpolitik der DDR zwischen internationaler Aufwertung und ideologischer Offensive (1966–1989), in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001; The Berlin Triangle. Britain and the Two German States in the 1980s, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin 2002.

Jochen Laufer

Dr. phil., geb. 1956; Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Anschrift: Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. E-Mail: laufer@zzf-pdm.de

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit G. P. Kynin) Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bde. 1–3, Moskau 1996, 2000, 2003; (zus. mit Rainer Karlsch) Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002.

Gunter Holzweißig

Dr. phil., geb. 1939; Historiker im Bundesarchiv.

Anschrift: Bundesarchiv, Finckensteinallee 63, 12205 Berlin. E-Mail: g.holzweissig@barch.bund.de

Veröffentlichungen u. a.: Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen, München 1981; Militärwesen in der DDR, Berlin 1985; Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002.

Nächste Ausgabe

Udo Steinbach

Eine neue Ordnung im Nahen Osten – Chance oder Chimäre?

Christian Hacke

Deutschland, Europa und der Irakkonflikt

Andrew B. Denison

Motive der amerikanischen Irakpolitik

Andrea Szukala

Medien und öffentliche Meinung im Irakkrieg

Norman Paech

Die Rolle der UNO im Irakkonflikt

Ferhad Ibrahim

Die politischen Kräfte im Irak nach dem Regimewechsel

Henner Kirchner

Auswirkungen auf die arabischen Nachbarstaaten

Egon Bahr

Tag der gesamtdeutschen Geschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/2003, S. 3–4.

■ Der 17. Juni 1953 war ein einmaliges und zugleich erstmaliges Ereignis. Weder von Zeitgenossen im Westen noch von den Nachrichtendiensten vorausgesehen, entwickelte sich der Volksaufstand zu einer ersten offenen Willensbekundung der Ostdeutschen in allen Teilen der DDR. Die Wucht des Ereignisses überraschte die Alliierten in gleicher Weise. Der niedergeschlagene Aufstand hatte gravierende Auswirkungen auf das Verhalten von Politikern in Ost und West, und zwar bis in den Herbst 1989 hinein. Daher ist der 17. Juni 1953 ein zentrales Datum der gesamtdeutschen Geschichte.

Karl Wilhelm Fricke

Die nationale Dimension des 17. Juni 1953

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/2003, S. 5–10.

■ Die unmittelbaren Ereignisse des Volksaufstandes vom Juni 1953 in der DDR sind heute gut erforscht. Allerdings müssen in jüngster Zeit Versuche einer relativierenden Geschichtsdeutung registriert werden, die an den Umgang der SED mit der Erhebung bis zum Ende der DDR erinnern. Blickt man hingegen auf die unzähligen in den letzten Jahren in verschiedenen Archiven aufgefundenen Materialien aus allen Teilen der DDR, so kann die nationale Dimension der Erhebung nicht in Frage gestellt werden: Die Rufe nach freien gesamtdeutschen Wahlen und Wiedervereinigung gehörten zu den ersten Forderungen der Aufständischen. In dieser Hinsicht hat die friedliche Revolution 1989 vollendet, was am 17. Juni 1953 begonnen wurde.

Michael Lemke

Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte

Folgen und Spätfolgen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/2003, S. 11–18.

■ Der 17. Juni 1953 hatte erhebliche Folgen und Spätfolgen für die DDR-Geschichte. Er beeinflusste ihren Verlauf, das Denken und Handeln der kommunistischen Führung sowie – wenn auch tendenziell abnehmend – das der Bevölkerung. Das Datum des Volksaufstandes wurde von den Herrschenden und von den Beherrschten unterschiedlich interpretiert und instrumentalisiert. Der Aufstand war für die meisten Ostdeutschen eine ferne Erinnerung, während er für die SED bis zuletzt Trauma und Menetekel blieb. Für die SED rückten Maßnahmen zur Stabilisierung der Diktatur in den Mittelpunkt, um neue Gefährdungen für ihre Herrschaft zu vermeiden. Deutschland- und außenpolitisch bedeutete der Volksaufstand das Ende der DDR, wie sie 1949 konzipiert worden war.

Marianne Howarth

Der Juni-Aufstand und die Deutschlandpolitik der Westalliierten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/2003, S. 19–25.

■ Der Volksaufstand in Ost-Berlin und in der DDR im Juni 1953 und seine blutige Niederschlagung durch sowjetische Truppen führten zur Bekräftigung der westalliierten Deutschlandpolitik, die auf Westintegration der Bundesrepublik setzte und ein wiedervereinigtes Deutschland nur unter westlichen Vorzeichen akzeptierte. Die Ereignisse hatten die Alliierten überrascht, denn nach Stalins Tod hatten insbesondere Großbritannien und Frankreich auf eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses gehofft. Während des Aufstandes waren die Westmächte bemüht, die Ereignisse nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Der Status quo schien der westeuropäischen Sicherheit eher zu dienen als eine von den Ostdeutschen erwungene Wiedervereinigung mit ungewissen Konsequenzen.

Jochen Laufer

Volksaufstand gegen die Siegermacht?

Die Sowjetunion und der 17. Juni 1953

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/2003, S. 26–32.

■ Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR war die Folge der Sowjetisierung, die im Osten Deutschlands seit 1945 im Zusammenwirken der Siegermacht mit deutschen Kräften in und außerhalb der SED vorangetrieben wurde. Die Krise wurde in Moskau früh als Flüchtlingskrise wahrgenommen und fiel zusammen mit Profilierungskämpfen um die Nachfolge Stalins, die sich auch in Meinungsverschiedenheiten über Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage äußerten. Die Mitte Mai sichtbar werdende Gefahr einer sowjetischen Niederlage in Deutschland überbrückte diesen Dissens und beschleunigte die Orientierung der sowjetischen Politik auf die langfristige Existenz von zwei Staaten in Deutschland.

Gunter Holzweißig

Der 17. Juni und die Medien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/2003, S. 33–38.

■ Der RIAS spielte während des Juni-Aufstandes die wichtigste mediale Rolle für die Kommunikation sowohl zwischen den DDR-weiten Streikzentren als auch innerhalb der Staatsmacht. Die amerikanisch-deutsche Leitung des Senders wurde vom Ausbruch der Unruhen überrascht. Sie hat weder, wie die zunächst schweigsamen Medien der DDR bald unterstellten, den Aufstand ausgelöst noch zum Generalstreik aufgerufen. Allein die rund um die Uhr laufenden Informationssendungen des Senders hatten eine katalytische Wirkung. Nach anfänglicher „Fehlerdiskussion“ agierten die von der SED gelenkten Zeitungen und Rundfunksender der DDR wieder uneingeschränkt als Herrschaftsinstrumente der Partei.
